

Einheitspreis 60 Pf., monatlich 1,80 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 12 Pf. Verteilungsgebühren. Auslandabonnent 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Wochenspiegel“, „Wochenspiegel und Zeit“ und „Abendrevue“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration des Blattes, Kellerei 1.— Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das selbige Blatt 25 Pfennig (gültig zwei fortgesetzte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengeld das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Bezüge über 10 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsnachweise 60 Pfennig, Familienanzeigen 30 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft 10 Pfennig, wochentags von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassenloste Lindenstr. 2

Labours Weltfriedensplan.

Seeabrüstung — Beziehungen mit Sowjetunion — Räumung — Schiedspflicht — Völkereuropapolitik.

London, 20. Juni. (Eigenbericht.)

Die außenpolitische Betätigung der Arbeiterregierung wird sich in den nächsten Monaten vorwiegend auf folgende Fragen konzentrieren:

1. Fortsetzung der in der Unterredung Macdonald-Dawes begonnenen Verhandlungen über die Abrüstung zur See mit dem Ziele der Herbeiführung einer fühlbaren maritimen Abrüstung, die nicht nur Amerika und England, sondern sämtliche Seemächte umfaßt.

2. Baldige Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland. Die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands durch die britische Regierung steht — wie vielfach fälschlich angenommen wird — nicht zur Diskussion, da die im Jahre 1924 erfolgte Anerkennung Rußlands durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1927 für die Arbeiterregierung nicht aufgehoben worden ist. Die juristische Anerkennung des Jahres 1924 ist ein für allemal gültig. Es wird sich also in erster Linie praktisch um die Ernennung eines Botschafters für Moskau und die Aufforderung an die Sowjetregierung handeln, ihrerseits einen Botschafter für London namhaft zu machen.

3. Die Arbeiterregierung ist durch Beschlüsse der Parteitage der Arbeiterpartei auf die Zurückziehung der britischen Truppen aus dem Rheinland festgelegt. Wenn eine Verzögerung auch nur von wenigen

Wochen eintreten wird, so ist das auf die durch die jüngsten Verhandlungen gegebene Wahrscheinlichkeit zurückzuführen, die Truppen gemeinsam mit Frankreich und Belgien zurücknehmen zu können. Die Arbeiterregierung zieht naturgemäß ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich und Belgien vor, ist jedoch entschlossen, falls wider Erwarten eine übermäßige Verzögerung eintreten sollte, diesen Schritt allein zu unternehmen.

4. Unterzeichnung der fakultativen Klausel des Ständigen Gerichtshofes. Die Unterzeichnung dieser Klausel, welche die Entscheidung des Ständigen Gerichtshofes im Haag bei internationalen Streitigkeiten für bindend erklärt, soll mit einem Minimum an britischen Vorbehalten und nach Einholung des Einverständnisses der Dominien möglichst bald erfolgen.

Hand in Hand mit dem hier umrissenen Arbeitsprogramm wird eine aktive Völkereuropapolitik gehen, die auf eine Verringerung des Ansehens des Völkerbundes und seiner Befugnisse abzielt.

Der Ex-Liberale kandidiert für Labour.

London, 20. Juni. (Eigenbericht.)

Der zur Arbeiterpartei übergetretene liberale Abgeordnete und Oberste Staatsanwalt der Regierung Macdonald, Sir W. Jo Witt, hat sich entschlossen, sein Mandat in Preston niederzulegen und als offizieller Kandidat der Arbeiterpartei in Leeds zu kandidieren. Der dortige Sitz ist durch das Ausscheiden Sir Henry Stellers aus dem politischen Leben frei geworden.

Theorie des Faschismus?

Unfruchtbarkeit in der Krise Europas.

Von Oda Olberg.

In einem eben erschienenen Buch „Europa und der Faschismus“ (de Gruyter u. Co.) behandelt Professor Hermann Heller den italienischen Faschismus im Hinblick auf seine staatsformende Bedeutung. Baut der Faschismus wirklich ein neues Staatsgefüge, das durch seine Gestalt und durch das Prinzip seines Zusammenhalts dem übrigen Europa politisch und staatsrechtlich zum Vorbild dienen könnte?

Zunächst muß man sich darüber klar werden, daß Europa heute in der Tat Ausschau hält nach neuen politischen Formen und neuen Elementen staatlicher Einheit. Die ganze Betrachtung geht von der Tatsache einer politischen Krise aus. Eine Erscheinung dieser Krise ist der italienische Faschismus. Es fragt sich nun, ob er eine Lösung ist; ob er für das, was verfaßt, gebrauchsfähige Erfolge, für das, was zu zerfallen droht, neue Bindungen bietet.

Heller definiert die Demokratie sehr schön als „Herrschaft des Volkes als Einheit über das Volk als Vielheit“. Das Einigende und Gemeinsame muß stärker sein als das Auseinanderstrebende und Zerküftende; es muß das Bewußtsein einer Wertgemeinschaft da sein, in der der Staatsangehörige stärker verankert ist als in den nicht gemeinsamen Werten. „In der Auflösung dieser Wertgemeinschaft liegen die tiefsten Wurzeln der politischen Krise Europas.“ Je mehr der einzelne mitbestimmend in die staatliche Regelung eingreift, je vollendeter also die äußere Struktur der Demokratie ist, um so mehr bedarf es des Zusammenhaltes und der Sanktion eines gemeinsamen Gehaltes. Eine durch große Ungleichheit des Besitzes und der Bildung zerküftete Gesellschaft büßt mit der Wertgemeinschaft die Voraussetzungen ein für eine den Gesamtbedürfnissen entsprechende Funktion der Demokratie. Sie büßt sie ein, weil die wirtschaftlich Schwachen bei tiefer Zerküftung die Gewähr gegen Uebergriffe in einer Mechanisierung, Unpersönlichmachung der staatlichen Funktionen suchen und suchen müssen, weil die Möglichkeit dieser Uebergriffe in dem Maße wächst, als der Unterschied der wirtschaftlichen Macht zunimmt. Man denke an die Plutokratie, die in den Vereinigten Staaten auf dem Boden einer formellen Demokratie zu höchster Entfaltung gelangt ist. Die Krise der Demokratie kennzeichnet sich also als Krise des gesellschaftlichen Gehalts, nicht der politischen Leitung.

Was bedeutet nun der Faschismus für diese Krise im Sein und Denken der Nachkriegszeit? Er fand in Italien einen ohnmächtigen Staat vor, der, vom Krieg erschöpft, nach dem Zurückgeben der bolschewistischen Drohung, die er durch das Vergrößerungsglas der Angst gesehen hatte, nicht mehr recht zu wissen schien, wozu er überhaupt da war.

„Am Rechtsstaat sollte der Akt der Norm folgen. Weil er es in keinem Sinne tat, konnte der Rechtsstaat verdrängt werden durch den Faschismus, bei welchem der Akt immer der Norm vorausgeht. Die willenlose Norm wurde erlöst durch den normlosen Willen, das machtlose Recht durch die rechtlose Macht — sicherlich die eindrucksvollste Lehre, die der Faschismus dem europäischen Rechtsstaat zu erteilen hat.“

Verfassungsrechtlich ist der Faschismus eine absolute Monarchie. Obwohl er keinerlei Machtbefugnisse hat, ist der König unabhörmlich für die Nachfolgerfrage. Durch das Gesetz vom Dezember 1925 liegt die ganze Exekutivgewalt in Händen des Diktators. Ihm sind die Minister verantwortlich, er ernannt und entläßt die Beamten. Der König, von dem nominell die Macht des Diktators ausstrahlt, muß wegen dieser Ausstrahlung immer vorrätig gehalten werden für den Fall, daß Mussolini etwas Menschliches zustoßt. Dann muß eben eine Instanz da sein, um den bereitgehaltenen Nachfolger — den der hohe Rat vorschlägt — zu ernennen, durch welche Ernennung der neue Diktator wieder in alle Machtbefugnisse des alten eintritt. So wird die Familie Savoyen weiter gezüchtet, um die jeweiligen Rudak-eier ausbrüten zu können, worin sich ihre Aufgabe erschöpft, da das Aus-dem-Reist-geworfen-werden ja keine Aufgabe ist. Eine Gewaltenteilung gibt es im Faschismus nicht mehr; sowohl die richterliche, als die gesetzgeberische Gewalt unterstehen der Exekutive. Da alle Macht von oben kommt, als Ausfluß eines Einzelwillens, hemmen die Grundrechte der Freiheit und Gleichheit die Machtbetätigung, während sie für die ideale Bestätigung der Macht, die ja nicht aus dem Volke kommt, belanglos sind. Der Faschismus hat sie also aufgehoben.

Was hat nun die Diktatur, die durch kein Gesetz gehemmt ist, an Stelle der Rechtsgarantien gesetzt, die die Voraussetzung für die bewußte und gewollte Einordnung der Bürger sind? den „korporativen Staat“. Es befremdet uns etwas, dieses papierne Gespenst von Heller einer zwanzig Seiten langen Diskussion wert gehalten zu sehen. Für uns ist der ganze korporative Kram nichts anderes als eine staatliche Listenführung nach Verufen mit Eintragungsgeld, deren Ertrag zur Befoldung von Faschisten

Liberale Monopolangst.

Wie weit reichen die koalitionsmäßigen Bindungen?

Die Verhandlungen des Sachverständigenausschusses über das landwirtschaftliche Hilfsprogramm sind vertraulich. Die demokratische Presse zeigt sich aber über das, was in ihm vorgeht, sehr aufgeregt. Sie glaubt voraussehen zu dürfen, daß das Ergebnis die Empfehlung eines Getreidemonopols sein wird, und läuft gegen diesen Plan im Interesse des Zwischenhandels Sturm. Nicht nur wurde eine Erhöhung der Lebensmittelpreise als Folge vorausgesehen, obwohl die Frage des Monopolpreises noch völlig offen stand, sondern man weiß sogar auch schon, daß an der etwa zu schaffenden Reichsstelle eine beispiellose „Protektions- und Konnerionswirtschaft“ herrschen wird. Man behauptet, die Sozialdemokraten seien drauf und dran, mit den Deutschnationalen zusammen das Monopol einzuführen und man fragt in strengem Tone, wie sich das mit den koalitionsmäßigen Bindungen der Sozialdemokratie verträgt.

Da der Sachverständigenausschuss mit seiner Arbeit kaum erst richtig begonnen hatte, als die demokratischen Alarmglocken schon zu tönen begannen und eine politische Entscheidung über das noch gar nicht vorliegende Gutachten noch nicht gefallen ist, darf man wohl sagen, daß der Eifer der demokratischen Presse im Dienste des Zwischenhandels größer ist als ihre Kenntnis der Tatsachen. Einstweilen ist die Frage, ob die Sozialdemokratie einmal auch eine Extratour mit den Deutschnationalen unternehmen dürfte, nur rein theoretische Bedeutung. Zur Erregung über solche Extratouren ist aber sicher für die Sozialdemokratie mehr Grund vorhanden, als für ihre bürgerlichen Koalitionspartner. Es gibt in der bürgerlichen Mitte nicht wenige Politiker, die jetzt schon mit dem Gedanken spielen, eine ihnen genehme Reform der Arbeitslosenversicherung auch gegen die Sozialdemokratie mit Hilfe von Parteien, die außerhalb der Koalition stehen, durchzuführen. Die Tendenz zu einer solchen antisozialdemokratischen Mehrheitsbildung zeigt sich aber gerade auch auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Hilfsprogramms.

Wenn sich die demokratische Presse so gewaltig über den Gedanken aufregt, daß die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Deutschnationalen das Getreidemonopol durchsetzen könnten, so zeigt sie gegenüber der Möglichkeit einer Kooperation mit den Deutschnationalen zur Erhöhung der Lebensmittelpreise eine außerordentliche Gelassenheit. Nun bedeutet der Monopolplan einen Versuch, zwischen Erzeugern und Verbrauchern einen Ausgleich herbeizuführen. Jollerhöhungen aber sind ein einfacher Raubzug gegen die Verbraucher, in dessen Gewinn sich die Getreideproduzierenden Landwirte mit dem Zwischenhandel teilen.

Möge die demokratische Presse darüber wachen, daß ihre

eigenen Freunde mit den agrarischen Hochschulzöllnern nicht zu intim werden und im übrigen die Vorschläge des Ausschusses abwarten, um sie dann, ohne Rücksicht auf keine Interessentengruppen sachlich zu beurteilen. Dann wird sie auf den richtigen Weg kommen.

50-Millionen-Dollar-Kredit des Reiches

Gestern nachmittag mit amerikanischen Banken abgeschlossen

Die Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums über die Beschaffung eines größeren, längerfristigen Auslandskredits zur Auffüllung der Reichsfinanzenbestände sind gestern nachmittag zum Abschluß gebracht worden. Eine amerikanische Bankengruppe unter der Führung des Bankhauses Dillon, Read u. Co. gewährt dem Reich einen Kredit im Betrag von 50 Millionen Dollar. Die Verzinsung beträgt 7½ Proz. auf die ausgerufenen Beträge und 1 Proz. Bereitstellungsprovision für die ganze Summe. Die Anleihe ist also nicht unerheblich billiger als die früher von deutschen Banken gewährten Kredite. Von deutschen Banken waren die Reichskredit A. G., die Deutsche Bank und das Bankhaus Mendelssohn u. Co. an der Transaktion beteiligt, ohne daß sie selbst zu den Gläubigern gehören. Eine Verteuerung der Anleihe durch diese Beteiligung deutscher Banken dürfte nicht in Frage kommen.

Dem Reiche stehen für Kasenzwecke jetzt die rund 210 Millionen Amerikakredite, der 180-Millionen-Erlös der Reichsanleihe, ein noch unbekannter Betrag aus der Weitergabe von Eisenbahnvorzugsaktien und vielleicht rund 500 Millionen noch nicht fällige deutsche Bankkredite zur Verfügung. Das dürften für die nächste Zeit ausreichend große Beträge sein, um Kasenzwecken des Reiches zu verhindern. Die Fundierung dieser Beträge ist aber immer noch offen und eine dringende Aufgabe der Zukunft.

Heldt bleibt.

Wieder ergebnislose Ministerpräsidentenwahl in Sachsen.

Dresden, 20. Juni.

Die heute im Landtag vorgenommene zweite Wahl für den Posten des sächsischen Ministerpräsidenten ist wiederum ergebnislos geblieben. Es wurden insgesamt 94 Stimmzettel abgegeben, davon 12 weiße. Es haben erhalten Reichstagsabgeordneter Fleißner (Sozialdemokrat) 31 Stimmen, Abgeordneter Büniger (Deutsche Volkspartei) 7 Stimmen (abgegeben von den Nationalsozialisten), Abgeordneter Dr. Blüher (Deutsche Volkspartei) 12 Stimmen, Abgeordneter Kaiser (Wirtschaftspartei) 11 Stimmen, Abgeordneter Eberle (Deutschnational) 9 Stimmen, Abgeordneter Schreiber (Landvolkpartei) 5 Stimmen, Abgeordneter Heldt (NSD.) 3 Stimmen, Abgeordneter Dr. Apelt (Demokrat) 4 Stimmen.

Industrie und Young-Plan.

Entschliebung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Die Vorstands- und Präsidialtagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Entgegennahme des Reparationsberichts des Sachverständigen und Präsidialmilitärs Kastl hat gestern nachmittag stattgefunden. An der Sitzung haben auch die Herren Dr. Böglner und Dr. Thyssen teilgenommen. Es wurden zwei Entschliebungen gefaßt, von denen die eine zum Young-Plan und die andere zum Rotprogramm für die Landwirtschaft Stellung nimmt.

Die Entschliebung zum Young-Plan spricht den deutschen Sachverständigen den Dank und die Anerkennung des Verbandes aus, und der Reichsverband versichert Dr. Böglner „volles Vertrauen für seinen Rücktritt“. Der Reichsverband habe den Domes-Plan für unerfüllbar gehalten, ebenso wie der Reichsverband auch die Leistungen des Young-Planes für untragbar halte. Zur Begründung für diese Stellungnahme beruft sich der Reichsverband der deutschen Industrie — nach unserer Auffassung zu Unrecht — auf die Sachverständigen selbst, die sich im Young-Plan ebenfalls für Untragbarkeit der Reparationen bekannt hätten. Wir finden diese Berufung des Reichsverbandes der deutschen Industrie auf die Sachverständigen zwar sehr bequem, halten sie aber für unberechtigt und ein Zeichen mangelnden Verantwortungswillens.

Der Sachverständigenbericht spricht nämlich zwar davon, daß die deutschen Delegierten hinsichtlich der Erfüllbarkeit Bedenken gehabt haben; doch heißt es im Bericht nur, daß die Young-Verpflichtungen Deutschlands nach der Meinung der Sachverständigen „nicht unter allen Umständen innerhalb der Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit“ liegen und daß die Sachverständigen „keine unbedingte Haftung“ übernehmen wollten.

Der Reichsverband der deutschen Industrie will zum Young-

Plan endgültig erst Stellung nehmen, wenn die politischen Faktoren gesprochen haben. Bemerkenswert ist ein neuer Wunsch, nämlich die Belastung des Reiches mit jährlich 60 Millionen Mark zur Tilgung des Umlaufs der Rentenscheine zu beseitigen. Bis zur Entscheidung der politischen Faktoren will der Reichsverband in seinen Unterabteilungen die Bestimmungen über die Aufhebung der Industriebelastung, die Befreiung der Reichsbahn, die Unabhängigkeit der Reichsbank und eine anderweitige Verteilung der Reichsbankgewinne eingehend prüfen.

In seiner Entschliebung zum Rotprogramm für die Landwirtschaft fordert der Reichsverband zur Wiederherstellung der Rentabilität in der deutschen Landwirtschaft die Anwendung aller Mittel, die mit dem Interesse der Gesamtwirtschaft vereinbar sind. Dabei darf der Bestand und die Erweiterung der Industrie nicht gefährdet werden. Der Reichsverband der deutschen Industrie wünscht keine grundlegende Veränderung der Zollpolitik, der er, was sehr bemerkenswert scheint, „keine entscheidende Bedeutung für die landwirtschaftliche Rentabilität“ beimessen kann. Dennoch hält er zur Abwehr von Krisenunfällen in der Landwirtschaft eine baldige, ausreichende Zollerhöhung für Getreide für unentbehrlich, ebenso die Angleichung der Viehzölle an die Fleischzölle. Höhere Uebergangszölle der Molkereierzeugnisse könnten nach der Auffassung des Verbandes nur insoweit in Frage kommen, als die Handelsbeziehungen zu den betroffenen bisherigen Einfuhrländern nicht ernstlich gefährdet würden.

Unbefragt spricht dann der Verband den Wunsch aus, daß eine durch Zollerhöhungen eintretende Verteuerung der Lebenshaltung von allen Bevölkerungsklassen als Opfer für die Landwirtschaft hingenommen werden müßte! Dieser Wunsch ist reichlich unbefragt, allerdings vom Standpunkt der Industrie verständlich.

dient, die „Syndikatsbeamte“ heißen (nach Heller beläuft sich ihre Zahl auf 8000, vorwiegend Angehörige des Bürgertums). Lebendig, imstande, irgendeine Funktion zu erfüllen, ein kollektives Interesse zum Ausdruck zu bringen, auch nur die Gewerbergerichte zu ersetzen, sind die Syndikate nicht. Sie sollen in die höhere Einheit der Korporation eingehen, aber bis jetzt gibt es wohl ein Korporationsministerium, aber noch keine einzige Korporation. Den rein bluffistischen Charakter des Syndikats charakterisiert die nachstehende am 3. Juni d. J. von Costamagna in der italienischen Kammer gegebene Definition: „Das Syndikat ist ein Organismus, in dem das Volk das Leben des Staates lebt und der Staat das Leben des Volkes“. Die Syndikate haben keinerlei Selbstbestimmungsrecht, haben überhaupt kein eigenes Leben; sie führen gewissermaßen Buch über die proletarischen Kräfte, zum Zweck ihrer Handhabung durch tatsächliche oder angedrohte Gewalt. Das hat man zum Beispiel beim Plebiszit gesehen, wo die Arbeiter truppweise zur Wahl geführt wurden. Abschließend sagt Heller:

„Wenn die Mitwirkung der Syndikate und Korporationen bei der Staatsbildung in der Gegenwart gleich null ist — ihr fragwürdiger Einfluß auf die Ernennung des mächtigen Parlamentes, sowie der bedeutungslosen Gemeinde- und Provinzialräte kann nicht gut anders werden —, wenn ihnen auch keinerlei wirtschaftliche Selbstverwaltung und Selbstverantwortung zukommt, wenn schließlich auch in Zukunft eine andere Form der Mitwirkung weder abzusehen noch beabsichtigt ist, was heißt dann „stato corporativo“?“

Vor allem will aber der Faschismus den starken Staat verwirklichen. Er proklamiert sich selbst als die größte Machtverkörperung seit dem „Imperium“ des alten Rom. Als Kennzeichen eines starken Staates betrachtet Heller u. a. auch seine Verkehrsmittel, und es befremdet bei ihm, neben dem üblichen Touristenlob der „pünktlichen Züge“, auch die Behauptung zu finden, die heutige Post sei besser als die vorfaschistische. Abgesehen von der Unzuverlässigkeit, die in der Briefkastenbegrenzung liegt — unlängst protestierte ein römisches Faschistenblatt dagegen, daß all seine eingeschriebenen Briefe offen ankämen — ist die Zahl der Tagesverteilungen durch Abbau des Personals um ein Drittel und vielfach um die Hälfte reduziert worden. Die politische Aufhebung der Mafia ist wohl mehr als ihre Faschifizierung zu bewerten. Die dem faschistischen Abgeordneten Cucco zur Last gelegten Verbrechen waren vorwiegend — wie der Viehdiebstahl auf offener Weide — typische Verbrechen der maffiosen Delinquenz. Ueber die Sanierung der Staatsfinanz heißt es:

„Daß mit den wachsenden Staatsausgaben die Einnahmen des Staates nicht Schritt halten, ist in der Kammer von faschistischer Seite zugegeben worden. Man darf nicht vergessen, welche ungeheuren Militärs-, Polizei- und Spionagemittel einer Diktatur erwachsen. Bei der leichtesten Möglichkeit, ein Budget zu krisieren, bei der ganz besonders großen Unübersichtlichkeit des italienischen Staatshaushaltes, sowie vor allem bei der Elastizität der Kreditwirtschaft wird es sich erst in Jahren zeigen, ob die heutige Generation Italiens auf Kosten der zukünftigen lebt oder nicht.“

Wie korrupt der „starke Staat“ mit seiner „sehr hungrigen Herrschaftsschicht“ ist, wo wohl die kleinen Erkenntlichkeiten für kleine Gefälligkeiten gehandelt werden, aber „sehr hohe Summen für sehr hohe Herren“ zu den Geschäftskosten aller gehören, die mit dem Staate zu tun haben, wird von Heller ebenso herabgehoben wie die tiefe politische Unredlichkeit, die Prostitution der Gelehrten, die Akademiker und leitende Journalisten sagen läßt, sie glaubten kein Wort von dem, was sie vom Lehrstuhl oder durch die Zeitung verkünden.

Worin liegt nun aber die Stärke? Darin, daß das Ganze trotz all dieser Elemente der Zerlegung und Fäulnis noch zusammenhält? Dann ist eben jede Diktatur, die zwangsläufig diese Elemente frei macht, stark, solange sie da ist. Wo immer der Faschismus sich nach einer ideellen Rechtfertigung umsieht, da qualifiziert er sich als „einzige wahre Demokratie“, als „zentralisierte Demokratie“, als „Volksstaat“, also als Verwirklicher gerade der Ideale, die aufzulösen er sich geschichtlich berufen hält. Wichtig und wesentlich ist vor allem die Feststellung Hellers, daß „der Faschismus seine Einrichtungen aus einer eigenständigen Ideenwelt heraus nicht zu legitimieren vermag und zu dauernden ideellen Anleihen bei der Demokratie gezwungen ist“. Für die Krise Europas, die nach ideellen Bindungen sucht, hat er also nichts zu geben. Als Gewalttechnik, die diese Bindungen überflüssig machen soll, bedeutet er für die Demokratie eine Warnung, für den Gegner einen Versuch, der sich erst durch Dauer zu bewähren hat. Wir reden zeitweilig viel über die Verkümmern des persönlichen Wertes in der Demokratie. Man unterrichte sich bei Heller darüber, was der Faschismus an Persönlichkeitswerten zur Entfaltung bringt, um zu verstehen, daß das demokratische Regime immerhin verlohnt, verteidigt zu werden.

Ausschluß Klara Zetkins beantragt.

Von den deutschen Kommunisten.

Romano, 20. Juni.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die deutsche Abordnung in der Komintern den Antrag zum Ausschluß Frau Klara Zetkins aus der Komintern und der Gewerkschaftsinternationale gestellt.

Ueberzeugung!

Das Organ der kommunistischen Rechtsopposition schreibt:

„Ein kleines Beispiel dafür, in wie verhängnisvoller Weise das gegenwärtige Parteiregime jedes selbständige Denken ersticht, beweist ein kleiner Vorfall, der sich in der letzten Straßenzelle in Weichenitz abgespielt hat. Dort sollte die Zelle mit fast vierwöchiger Verspätung zu den Malereignissen Stellung nehmen. Der zugehörige Referent war aber — was auch sonst öfter vorkommen soll — nicht erschienen. Man forderte nun den Vol. Leiter der Zelle auf, zu den Malereignissen zu sprechen. Dieser lehnte das ab mit der sehr bezeichnenden Erklärung: „Ich mache das unter keinen Umständen. Ich will mich nicht aus der Partei ausschließen lassen, denn man weiß ja nicht, welche Linie augenblicklich die richtige ist.“ So ging die Zelle auseinander, ohne Stellung zu den Malereignissen genommen zu haben.“

Die „Danziger Volksstimme“ ist wegen zweier Artikel „Neuer Kurs gegen die Ukrainer“ und „Hintergründe, der politische Zweck der Judenpogrome“ in Polen verboten worden.

Schutz den Kindern.

Das Züchtigungsrecht im neuen Strafrecht.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstags beschäftigte sich gestern mit § 265 des Strafgesetzbuchs, der eine Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten und in besonders schweren Fällen Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren gegen denjenigen vorseht, der an Kindern, Jugendlichen oder wegen Gebrechlichkeit oder Krankheit Wehrlosen, die einer Fürsorge oder Abhut unterstehen, oder seinem Hausstand angehören, oder die der Fürsorgeberechtigten Gewalt überlassen hat, grausam oder in der Absicht, sie zu quälen oder durch böswillige Vernachlässigung seiner Pflicht für sie zu sorgen, eine Körperverletzung begeht.

Abg. Landsberg stellte sich als Berichterstatter auf den Boden des Regierungsentwurfs und empfahl keine Annahme.

Frau Abg. Pfäff (Soz.)

wies auf die Wichtigkeit des § 265 im Kampf für den Schutz wehrloser Kinder hin. An sich seien für so gemeine Handlungen, wie die in diesen Paragraphen getroffenen noch schärfere Strafen mahnenswert; aber man darf nicht außer acht lassen, daß gerade diese Delikte häufig sozial bedingt und nur dadurch zu erklären seien, daß enges Zusammenwohnen, nervöse Ueberreiztheit, Ehenot die Voraussetzungen für eine Stimmung schaffen, aus der heraus solche Körperverletzungen erklärlich seien. Man darf nicht den sozialen Faktor außer acht lassen, der auch in diesem Vergehen liegt. Freilich die jegliche viel zu milde Handhabung des Gesetzes durch die Gerichte müsse verschwinden. In der Rechtsprechung werde der Autoritätsstandpunkt der Erziehungsberichtigten berücksichtigt für das Wohl des Kindes.

In den Fürsorgeerziehungsanstalten sollte jedes Züchtigungsrecht beseitigt werden. Der Fürsorgezögling sei schulpflichtig. Die geradezu sadistische Art, in der Jugendliche oft in Anstalten gequält werden, verpflichte den Gesetzgeber zu einer sofortigen Abänderung des Jugendwohlfahrtsgesetzes. Auch Fälle der Mißhandlung schulpflichtiger Kinder müßten unmöglich gemacht werden. Der Gesetzgeber dürfe nicht übersehen, daß auch seelische Mißhandlungen vorkämen, die oft schlimmer seien als körperliche Mißhandlungen.

Abg. Weber (Z.) erkannte an, daß seelische Quälereien schmälicher seien können als körperliche. Man müsse sich aber vor falscher humanitärer Behandlung der zu Erziehenden hüten. Nicht jede Züchtigung sei eine Mißhandlung.

Abg. Japp (D. Vp.) warnt vor zu weit gehende Berücksichtigung angeblich humaner Forderungen. Man solle sich heute nicht zu Flug hängen. Auch die frühere Generation sei nicht dumm gewesen, und sie hätte doch am Züchtigungsrecht festgehalten. Man könne das Züchtigungsrecht nicht ohne weiteres beseitigen.

Oberreichsanwalt Ebermayer erklärt, daß auch er oft die Empfin-

dung gehabt habe, daß die Gerichte bei Kindermißhandlungen Milde walten lassen. Das Züchtigungsrecht könne im Strafrecht noch nicht geregelt werden. Seelische Einwirkungen seien ohne weiteres, wenn sie zu einer Gesundheitsstörung führten, unter den Begriff Körperverletzung.

Abg. Fran Dr. Stegmann (Soz.)

führt aus, daß die Züchtigung eines Kindes nichts anderes sei als die Bestrafung des Kindes für die Fehler der Erzieher. Natürlich dürfe die Erziehung nicht erst beginnen, wenn das Kind Ungehörigkeiten begehe. Sie müsse viel früher einleiten und verhindern, daß das Kind Dinge begehe, die mancher immer noch glaube nur mit Züchtigung beantworten zu dürfen. Bestraft sollten nicht nur diejenigen werden, die grausam mißhandelten, sondern auch diejenigen, die in der Mutlich zu Mißhandlungen hinführen ließen.

Abg. Schumann (Komm.) verlangt die Beseitigung des Züchtigungsrechts und schärfste Formulierung des § 265. Gerade in den christlichen Erziehungsanstalten seien die Zöglinge besonderen Gefahren ausgesetzt. Dort sei man weniger auf Bildung des Charakters als auf Tötung jeder eigenen Regung bedacht. Wenn dann dazu noch Prügel käme, wäre der Betroffene ganz gewiß nicht in der geeigneten Weise darauf vorbereitet, ins Leben hinauszutreten. Der größte Teil der Verbrecher rekrutiere sich aus Fürsorgezöglingen. Erzieher, die zum Knüttel greifen, beweisen, daß sie keine Erzieher seien.

Abg. Landsberg (Soz.)

führt aus, daß, wenn jemand ohne Ueberlegung einen Jugendlichen züchtige, der Fall der grausamen Körperverletzung vorliege. Wenn die Kommunisten bezweifelten, daß die Sozialdemokratie für die Beseitigung des Züchtigungsrechts sei, so möchte er sie ersuchen, im Ausschuß nicht so feindselig zu sprechen, als ob man sich im Plenum befände. (Heiterkeit.) Er sei gegen die Prügelstrafe. Eltern, die sich die Erziehung bequem machen, indem sie einfach mit dem Stocke schlagen, imponierten gewiß niemanden, besonders wenn männliche Personen sich zum Prügel von weiblichen hinreißen lassen und wenn das noch dazu in Erziehungsanstalten geschehe. Das müßte aufs schärfste zurückgewiesen werden. Ein besonders trauriges Kapitel bilden die Mißhandlungen von Wehrlosen. Im Jahre 1904 habe der Fall eines Schlosserlehrlings besonderes Aufsehen erregt, den man im Grunewald erhängt aufgefunden habe, den Körper mit Blut und Striemen bedeckt. Dieser Fall, auf den sich die Brutalität eines Schlossermeisters gegenüber seinem Wehrlosen herausgestellt habe, sei dann der Anlaß zur Gründung des Berliner Vereins der Wehrlosen und Jugendlichen gewesen, aus dem sich die Arbeiterjugendbewegung entwickelt habe.

Fortsetzung der Beratung am Dienstag.

Berschleppungspolitik im Staatsrat.

Der Staatsrat von der Synode abhängig?

In der gestrigen Sitzung des Kabinettsausschusses des Preussischen Staatsrats hat sich herausgestellt, daß der Staatsrat nicht gewillt ist, die Vorlage über den Staatsvertrag mit dem Vatikan sogleich zu beraten, wie es der Wunsch der Staatsregierung war. Es wird vielmehr eine Verschleppungspolitik geübt, um dadurch zu erreichen, daß die Vorlage im Juli im Landtag kein beschlußfähiges Haus mehr findet. Die Gründe, hinter die sich die Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien im Staatsrat verborgen hat, sind durchsichtig genug. Sie will angeblich erst die Fassung der evangelischen Generalsynode abwarten, ehe sie Beschlüsse faßt. Nie soll der Staatsrat an sich selbst schon sachverständig sein. Dazu braucht er noch das Gutachten einer anderen Körperschaft, und dazu ausgerechnet der evangelischen Generalsynode, wenn er über den Staatsvertrag mit der katholischen Kirche beraten soll? Durch die Erklärung, er könne ohne dieses Gutachten nicht arbeiten, würde, wenn sie erlaut gemeint wäre, der Staatsrat sich selbst aufheben!

Die Staatsregierung wird jedoch ihre Absicht, sogleich ein Gutachten des hinreichend von ihr informierten Staatsrats her-

beizuführen, durchsetzen. Auf Grund des Artikels 38 der preussischen Verfassung kann sie jederzeit vom Vorsitzenden des Staatsrats die Zusammenberufung des Staatsrats verlangen.

Ministerpräsident Otto Braun hat auf Grund des Art. 38 den Staatsrat auf die Notwendigkeit eines sofortigen Gutachtens verwiesen. Es besteht Grund zur Annahme, daß nach diesem Schritt die Majorität des Staatsrats selbst eingesehen hat, daß das Verlangen der Regierung durchaus berechtigt ist.

Reichsgericht zum Verbot kommunistischer Blätter. Auf die Beschwerden der Kommunisten hat das Reichsgericht das Verbot des „Volk-Echo“, kommunistischen Organs für die Provinz Brandenburg, aufgehoben. Es hat sich dabei der Auffassung des Beschwerdeführers angeschlossen, daß dieses Blatt kein Kopieblatt der roten Fahne sei, und sich hiermit in Gegensatz zum Berliner Polizeipräsidenten und zum preussischen Minister des Innern gestellt. Im übrigen wurden dagegen die Beschwerden wegen des Verbots der „Roten Fahne“ und der anderen kommunistischen Blätter als unbegründet zurückgewiesen.

Massenausbruch aus amerikanischem Gefängnis. Vierzig Sträflinge eines Gefängnisses in Texas sind ausgebrochen, wobei sie drei Gefängnisbeamte mitgeschleppt haben. Ein großes Polizeiaufgebot ist zu ihrer Verfolgung entsandt worden.

Stahlhelmpolizei.

Volksebegehren abgefragt. — Verzicht zugunsten Hugenberg.

Die Ankündigung eines Volksentscheids über den Young-Plan und eines weiteren Volksentscheids gegen die Kriegsschuldfrage hat selbst in deutschnationalen Kreisen Brausen erregt. Man sieht die Pleite voraus und fragt sich: wozu die Übung? Herr Paul Baeder versucht in der „Deutschen Tageszeitung“ Sinn in den Unsinn zu bringen. Er versichert, auch die deutschnationale Reichstagsfraktion halte es für wahrscheinlich, daß die Voraussetzungen für den Volksentscheid über den Young-Plan im Reichstag nicht zu schaffen seien, aber darauf komme es gar nicht an, nur auf den Willen, der mit diesem Plan bekräftigt werde.

„Auch wenn bei den Mittelparteien die Meinung durchdringen sollte, daß Deutschland in seiner schwierigen Lage die grundsätzlichen Bedenken gegen den Young-Plan in der Hoffnung zurückstellen müsse, daß er doch eine weitere Etappe auf dem Wege einer erträglichen Ordnung der Tributfrage darstellen würde, so müßte doch auch ihnen das Vorgehen der Deutschnationalen nicht nur verständlich, sondern direkt willkommen sein. Daß wenigstens eine der großen deutschen Parteien gegenüber dem ungeheuerlichen das sichtbarste Banner eines unbedingten Widerstandes aufpflanzt, das sollte doch jeder Deutsche begrüßen.“

Trotz heißen Bemühens hat Herr Baeder den Sinn des Hugenbergischen Unsinn nicht getroffen, den hat vielmehr Herr von Freitagsh-Voringhoven in einer deutschnationalen Kundgebung am Mittwoch enthüllt. Also sprach Herr von Freitagsh-Voringhoven:

„Der Bundesführer des Stahlhelms hat mich zu der Erklärung autorisiert, daß der Stahlhelm entschlossen ist, zugunsten des Volksentscheids über den Tributplan auf sein eigenes Volksebegehren zu verzichten.“

Das also ist des Pudels Kern! Der Stahlhelm hat sein Volksebegehren gegen den Parlamentarismus mit Fanfarenstößen angekündigt, dann wurde es stille, und schließlich wurde aus dem Volksebegehren eine private Umfrage unter den Stahlhelmmitgliedern — und das Ergebnis ist eine Pleite. Das Schicksal des Panzerkreuzer-Volksebegehrens der Kommunisten stand dem Stahlhelm vor Augen.

Herr Hugenberg hat sein Volksebegehren, das nie zum Zuge kommen wird, eingeleitet, um den Stahlhelm von dieser Pleite herunterzubringen. Das ist der Sinn der geschwollenen Phrasen von der „nationalen Opposition“! Man macht zwei Volksebegehren, damit eins nicht zustande kommt!

Zentrum gegen Volkspartei.

Protest gegen den Antrag zur Arbeitslosenversicherung. Entscheidung noch vor den Ferien?

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages hat an den Reichsfinanzminister Müller folgenden Brief geschrieben:

„Nachdem die interfraktionellen Verhandlungen über eine sofortige Teilreform der Arbeitslosenversicherung gescheitert waren, hat das Reichsministerium beschlossen, daß mit Rücksicht auf die gesamtpolitische Lage, die eine Spätsommertagung des Reichstages erfordert, von einer zweimaligen Gesetzesvorlage über die Arbeitslosenversicherung innerhalb so kurzer Zeit abzusehen sei, und daß die endgültige Reform in der Sommertagung zur Verabschiedung gelangt. Der vom Reichsminister einberufene Ausschuss soll bis Ende Juli seine Arbeiten beendet haben, so daß für die Spätsommertagung der abschließende Gesetzesentwurf vorliegen werde.“

Im Gegensatz zu dieser Stellungnahme der Reichsregierung hat die Deutsche Volkspartei den Antrag Nr. 1162 eingebracht, der als wesentliche Erweiterung des Sofortprogramms nur den in den interfraktionellen Besprechungen vom Zentrum (Abg. Rielener) gemachten Vorschlag betrifft, dem sich der Vertreter der Bayerischen Volkspartei später angeschlossen. Die Deutsche Demokratische Partei kündigt nach Pressemeldungen ebenfalls Anträge zu dieser sofortigen Reform der Arbeitslosenversicherung an.

Wir stellen zunächst fest, daß dieses Vorgehen von zwei Regierungsfraktionen den Abmachungen widerspricht, die der Bildung der jetzigen Reichsregierung zugrunde gelegt sind, nämlich der Verpflichtung, daß zur Gewährleistung eines reibungslosen Ganges der Reichsgeschäfte Anträge von grundlegender Bedeutung überhaupt nur in gegenseitigem Benehmen gestellt oder weiter verfolgt werden.“

Die Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei haben in den interfraktionellen Besprechungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch sie eine Teilreform der Arbeitslosenversicherung noch vor Schluß der jetzigen Sitzungsperiode des Reichstages verlangen. Sie haben alles getan, um eine solche möglich zu machen. Die Verhandlungen haben aber ergeben, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn innerhalb der die Regierung stützenden Parteien eine Verständigung über das erweiterte Sofortprogramm erfolgt wird.

Wir beantragen hiermit ergebenst, unverzüglich eine Besprechung der Fraktionsführer unter Zuziehung der sozialpolitischen Sachverständigen der Fraktionen einzuberufen mit dem Ziel, den Weg zu einem gemeinsamen Vorgehen der Regierungsfraktionen in der Arbeitslosenversicherungsfrage noch vor der Sommerpause des Reichstages zu finden. Unsere Fraktionen würden auch bereit sein, notfalls zur Erledigung dieser Aufgabe über den beabsichtigten Schlußtermin hinaus zu tagen.

Wir erlauben uns ergebenst, davon Kenntnis zu geben, daß wir das gleichlautende Schreiben dem Herrn Reichsarbeitsminister übermittelt haben.“

Der Vorstoß der Deutschen Volkspartei für den Aufbau der Arbeitslosenversicherung hat auch bei den Christlichen Gewerkschaften lebhaften Unwillen hervorgerufen. Der Brief der Zentrumsfraktion ist als Ausbruch dieses Unwillens zu werten.

Die preussischen Staatsfinanzen.

300 000 Mark Ueberschuß im Rechnungsjahr 1928.

Der Preussische Staat war in das Rechnungsjahr 1928 mit einem Fehlbetrag von 0,1 Mill. Mark hineingegangen. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, gleichen sich nach dem Haushaltsplan für 1928 Einnahmen und Ausgaben mit 4107,5 Millionen aus. Demgegenüber stellt sich das tatsächliche Ergebnis — ohne die im Haushaltsplan nicht veranschlagten Einnahmen und Ausgaben auf Grund von Anleihegeschäften — auf 4461,5 Mill. Einnahmen und 4461,2 Mill. Ausgaben, also mehr gegen den Haushaltsplan 354,0 Einnahmen und 353,7 Mill. Ausgaben. Mitin schließt das Rechnungsjahr 1928 für Preußen mit einem Ueberschuß von 0,3 Mill. Mark ab.

Bei den Heimarbeitern.



„Die Arbeitslosenversicherung für Heimarbeiter will die Deutsche Volkspartei abschaffen, dafür spendet sie gratis jeder Heimarbeiterfamilie diesen Hausfegen...“

Der Etat für 1929.

Das Haushaltsgesetz vom Reichstag angenommen.

Das Haus setzte gestern nach der Ablehnung des Mißtrauensvotums für den Reichsfinanzminister die Etatberatung bei dem Gebiet über die Feststellung des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1929 fort. Den Ausschussbericht gibt

Abg. Stücken (Soz.): Er begrüßt es, daß künftig Kredite nur noch dann gegeben werden sollen, wenn dazu ein besonderes Gesetz geschaffen wird. Das Vorkommen von Reichsmehr werde dem Reich noch unangehore Kosten verursachen. Erfreulich sei es, daß die Berichte des Rechnungshofes jetzt ganz genau geprüft werden. Es ist dafür gesorgt worden, daß die Rechnungslegung schnell erfolgt und daß sie gründlich geprüft wird. Es dürfen künftig keine Ausgaben des außerordentlichen Etats durch Einnahmen aus dem ordentlichen Etat gedeckt werden. Auch die Annullierung von Resten in den einzelnen Ressorts wird nicht mehr gestattet. Wenn Summen nicht ausgegeben werden sind, dann muß das im Etat förmlich gemacht werden. Befürchtung ist es, daß der Ausgabe des letzten Fehlbetrags der bewilligten Summen in den einzelnen Ressorts erst vom Reichsfinanzministerium zugestimmt werden muß. Es darf nicht mehr alles Geld ausgegeben werden, nur weil es einmal bewilligt worden ist. Es wird erzählt, daß die amerikanischen Beamten aus dem Drange zur Sparsamkeit einen förmlichen Sport machten. Zu wünschen wäre es, daß auch bei uns dieser Sport betrieben wird.

Abg. v. Rühlmann (Dnll.) wendet sich gegen die Einheitssteuer auf Grund der Einheitsbewertung, durch die die ganze Substanz weggesteuert werden würde. Anstatt die Realabgaben in den Preisen zu lenken und für Instandhaltung der verfallenden Schulgebäude zu sorgen, verwerfe man die Gelder zu politischen Zwecken. Die früheren Einheitskommissionen hätten sich gut bewährt, man könne, wenn man sie wieder einführe, auch die nicht buchführenden landwirtschaftlichen Betriebe gerecht besteuern.

Abg. Höllen (Komm.) erklärt, er habe schon immer gewünscht, daß Dr. Herz eine eigene Seite habe. Seit gestern wisse man, daß er an Stelle der Eisenplatte eine Bronzeplatte habe. (Heiterkeit.) Der Vergleich der steuerlichen Verhältnisse in Deutschland mit denen in Rußland sei durchaus abwegig, weil sich die Verhältnisse gar nicht miteinander vergleichen ließen.

Abg. Dr. Köhler (Z.) wünscht eine schärfere Trennung zwischen Haushaltsgesetz und Haushaltsordnung. Die Zeit, in der eine gewisse Großherzigkeit Platz gegriffen habe, müsse endgültig vorüber sein. Vorgriffe dürften nur erfolgen, wenn in den kommenden Jahren Ersparnisse zu erwarten seien. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit der Kritik müsse doch auch die schwierige Lage der einzelnen Verwaltungen anerkannt werden, in die der Inflationsgeist auch eingedrungen sei. Amerikanische Verhältnisse ließen sich nicht ohne weiteres auf uns übertragen. Die Regelung für die Luftfahrt

sei unbefriedigend, die abgeschlossenen Verträge müßten jedenfalls noch einmal dem Haushaltsausschuss vorgelegt werden.

Abg. Bredt (Wirtsch.-P.) erwartet von dem Pariser Sachverständigenplan keine Entlastung, wenn nicht eine ganz andere Finanzpolitik Platz greife. Eine Senkung der Realsteuern werde sich nur erreichen lassen, wenn man zu einer gewissen Rechauffage über die Kommunen komme. Der Redner begründet einen Antrag, wonach Anträge der Parteien auf Bewilligung von Ausgaben nur zugelassen werden sollen, wenn gleichzeitig eine Deckungsvorlage eingebracht werde.

Abg. Stücken (Soz.) hält es für notwendig, dem Reichsfinanzministerium größere Kontrollbefugnisse gegenüber den anderen Ressorts zu geben. Eigenmächtigkeiten müssen unter allen Umständen vermieden werden. Wenn außerordentliche Ausgaben gemacht werden, dann muß das Finanzministerium das Recht erhalten, auch einmal den dafür Verantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen. Es müsse festgestellt werden, daß der Reichstag den Willen habe, hier für Ordnung zu sorgen.

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.) wendet sich gegen einen Vorschlag der Wirtschaftspartei, wonach einfach 10 Proz. am Etat gestrichen werden sollen. Diese schematische Abzüge seien sich nicht durchzuführen.

Abg. Bernhardt (Dem.) spricht die Befürchtung aus, daß bei Annahme des Antrages der Wirtschaftspartei auch sehr vernünftige Anträge der Parteien unter den Tisch fallen könnten, denn es ließen sich nicht immer detaillierte Deckungsvorschläge machen. Der Reichsfinanzminister muß ein Vetorecht bekommen, aber alle Vorlagen, gegen die er Einspruch erhebt, müssen den Reichstag noch einmal beschäftigen. Unter den vielen außerplanmäßigen Ausgaben der vergangenen Jahre befanden sich auch Ausgaben für Ministerwohnungen, die gar keine Eile gehabt hätten.

Abg. Frau Anjorge (Soz.) weist einen Angriff des deutschnationalen Abgeordneten v. Rühlmann gegen die sozialdemokratische Mehrheit des Kreises Woblenburg zurück. Gerade hier sei es notwendig gewesen, der verletzenden Propaganda der Jugend Hilfe zu bringen, und das haben die Sozialdemokraten getan. Wenn er die wohlthätige Wirkung der Kinderrepubliken lenken würde, dann hätte er diesen Angriff nicht erhoben.

Damit ist die Aussprache geschlossen. Das Haushaltsgesetz wird nach den Vorschlägen des Haushaltsausschusses angenommen.

Eine Vorlage zur Ergänzung des Reichsverschuldungsgesetzes wird ohne Aussprache dem nationalwirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Gegen 3 Uhr verläßt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen die zweite Beratung der Verlängerung des Republikshilfsgesetzes.

Prinz und Schöffin.

Die deutschnationale Gräfin von Slogau.

Am 13. April fand vor dem erweiterten Schöffengericht in Slogau der Prozeß gegen Friedrich Wilhelm Prinz zu Lippe statt, weil er am 12. Oktober im „Sührauer Kreisblatt“ den Staat und die Minister auf das Gröblichste beschimpft hatte. Für seine schweren Verbrechen gegen das Republikshilfsgesetz bekam der Angeklagte 300 M. Geldstrafe, an Stelle von einem Monat Gefängnis. Als Schöffin nahm auch die Slogauer Führerin der deutschnationalen Frauenbewegung an diesem Prozeß teil und konnte es nicht unterlassen, dem Angeklagten noch schnell die Hand zu drücken, bevor das Gericht ins Beratungszimmer ging.

Die Republikanische Beschwerdestelle Berlin wandte sich wegen dieses Vorkommnisses an den zuständigen Landgerichtspräsidenten in Slogau und wies darauf hin, daß durch die Haltung der Schöffin das Vertrauen in die Unparteilichkeit des Gerichts notwendigerweise untergraben werden müßte. Der Landgerichtspräsident Berthold hat nun der Beschwerdestelle eröffnet, daß der Vorfall mit Recht geurteilt wurde. Die Schöffin hat mit ihrem Verhalten zweifellos der Justiz keine guten Dienste geleistet. Der Landgerichtspräsident führt weiter aus, daß das Verhalten zumal bei dem denkbar ungünstigsten Zeitpunkt des Wandwechsels berechtigte Zweifel an der Unparteilichkeit erwecken müßte und daher nur schädigend für die Interessen der Strafrechtspflege wirken konnte. Die Begründung mit dem Angeklagten und dessen Eltern zu vermeiden, war für die Schöffin nach Lage der Verhältnisse ganz besonders geboten. Die Schöffin gehört derselben politischen Partei wie der Angeklagte an. Ihre frühere Betätigung in dieser Weise und ihre politische Einstellung ist in weiten Kreisen bekannt. Es war ihre unbedingte Pflicht, größte Zurückhaltung zu üben und jede persönliche Berührung mit dem Angeklagten und mit dessen Umgebung zu vermeiden.

Landgerichtspräsident Berthold schließt mit folgender Bemerkung: „Der Vorsitzende des Schöffengerichts hat von dem Vorfall erst am Tage nach der Hauptverhandlung Kenntnis erhalten. Er war also nicht in der Lage, das Verhalten der Schöffin zu beanstanden. Dies wird nachgeholt, und sie wird auf die genaueste Beachtung der Richtlinien hingewiesen werden.“

Bundeskanzler und Heimwehr.

Sozialistischer Vorstoß gegen die kompromittierten Beamten.

Wien, 20. Juni. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrats beauftragte am Donnerstag ihren Vorstand, den Bundeskanzler zu befragen, was er gegen die durch die Enthüllungen über die Heimwehr kompromittierten Beamten der Bundespolizei und Bundesgendarmarie zu tun gedente und welche Maßnahmen er gegen die weitere Begünstigung hochverräterischer Bestrebungen durch die Bundesbehörden geben könne. Bei dieser Entscheidung hält sich die Fraktion bis nach der Beiprägung ihres Präsidiums mit dem Bundeskanzler vor.

Die Wiener Universität mußte infolge der Standstillen der politischen Studenten bis auf weiteres geschlossen werden. Als der Rektor der Universität am Donnerstag versuchte, die Studenten durch eine vernehmliche Rede zu beruhigen, wurde er niedergebrißt. Der Schuldner ist am Donnerstag nachmittag von politischen Studenten regelrecht verprügelt worden.

Bei den Wahlen in der Libanon-Republik unterlagen sämtliche Regierungskandidaten. In Tricolli stürmten die Oppositionellen ein Wahllokal. Bei einem Zusammenstoß mit der Polizei wurden zwei Beamte und zwei der Angreifer getötet, 20 Personen erlitten Verletzungen.

Tagung des Schweizerbundes. In Berlin.

Der Allgemeine Schweizerbund, die freigewerkschaftliche Organisation für das Viehpflegerpersonal, Bräuerverband des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, hält in der Zeit vom 20. bis 22. Juni in Berlin seine Generalversammlung ab. Die Tagesordnung sieht neben der Erledigung der geschäftlichen Verbandsangelegenheiten, über die der Vorsitzende Schwarz berichtet wird, ein Referat des zweiten Vorsitzenden Hengst vor, über Schul- und Prüfungsweisen des Schweizerberufes.

Die Generalversammlung wird auch die Sanktionierung erteilen müssen zu dem Zusammenschluß des Verbandes mit dem Verband der Schweizer Sennen, der am 8. März 1928 erfolgte und eine gute Stärkung des freigewerkschaftlich organisierten Berufsstandes der Schweizer bedeutete. Nicht nur durch diesen Zusammenschluß, auch durch die allgemeine Organisationsfähigkeit ist es dem Verband gelungen, von den 40 000 jährlich ausgebildeten Schweizern

15 000 Schweizer zu organisieren,

also ziemlich 40 Proz. organisatorisch zu erfassen. Dieser Prozentsatz ist als sehr erfreulich zu bezeichnen, besonders wenn man die Schwierigkeiten der Organisation auf dem Lande beachtet. Zudem sind die Schweizer über viele Betriebe als einzelne Arbeiter verstreut. Es gibt nur wenige Großbetriebe, die mehrere Schweizer beschäftigen.

Der Schweizerbund kann in diesem Jahr auf eine 20jährige Tätigkeit zurückblicken. Das zweite Jahrzehnt seiner Tätigkeit spielte sich in den Reihen der freien Gewerkschaften ab. Er gehört seit 1919 dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund an. Daß es nicht leicht war, den Weg zur freien Gewerkschaft zu finden, wird von denen, die ihn wiesen, im Geschäftsbericht unterstrichen. Wenn die

Auffklärung im freigewerkschaftlichen Geiste

einen großen Rahmen in der Tätigkeit des Schriftwesens einnimmt, so laufen doch nebenher die für diesen Beruf wichtigen Fragen der Ausbildung hinsichtlich der Steigerung der Ertragskraft der Viehwirtschaft.

Darum ist auch die Verbandszeitung in ihrem sachlichen Teil sehr gut ausgestattet. Auch die Sozialeinrichtungen des Bundes wurden bedeutend erweitert und ausgebaut. Darin nimmt den größten Raum die Stellenvermittlung ein. Wurden doch in drei Jahren zusammen 36 000 Stellen vermittelt.

Der Rechtsschutz ist auch für den Schweizer ein sehr wichtiges Bindeglied an seine Organisation. In den drei Jahren, über die der Vorstand berichtet, wurden an direkten Geldwerten rund 90 000 RM eingeklagt. Das sind für jeden Klagefall fast 90 RM.

Auch der Tarifvertrag ist gerade für den Schweizerberuf trotz des weitverbreiteten

Stücklohn- und Lantienensystems

von großer Wichtigkeit. Die Tarifkämpfe wurden im guten Einvernehmen mit den anderen freigewerkschaftlichen Organisationen auf dem Lande, vor allem dem Deutschen Landarbeiter-Verband, durchgeführt. Dieses gute Einvernehmen wird auch immer wieder in dem Geschäftsbericht hervorgehoben, was nicht nur für diese

beiden Organisationen wichtig ist, sondern für die gesamten ländlichen Arbeitskräfte, ob sie Berufsschweizer oder Land-, Forst- und Weinbergarbeiter sind.

Die Generalversammlung wird sich auch damit beschäftigen, daß die Kinder- und Frauenarbeit als Zwang beseitigt wird. Auch die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter, wozu auch die Schweizer gehören, in das Arbeitsschutz- und Berufsausbildungs-gesetz, ebenso die paritätische Umgestaltung der Landwirtschaftskammern wird gefordert.

Zum Verbandstag der Buchdrucker.

In der Woche vom 24. bis 29. Juni wird in Frankfurt a. M. der 14. ordentliche Verbandstag des Verbandes der Deutschen Buchdrucker abgehalten. Der Buchdruckerverband ist eine der ältesten und größten freigewerkschaftlichen Berufsorganisationen. Die Einrichtungen des Verbandes können in jeder Hinsicht als vorbildlich bezeichnet werden. Deshalb werden die Tagungen der Buchdrucker seit jeher mit großem Interesse verfolgt.

Dem Verbandstag in Frankfurt liegen eine große Zahl von Anträgen zur Beratung und Beschlussfassung vor. Zu einem großen Teil betreffen die Anträge die Unterstützungseinrichtungen, die den durch die wirtschaftliche Entwicklung veränderten Verhältnissen entsprechend umgestaltet werden sollen. Andere Anträge fordern die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und einen Ausbau der Einrichtungen zur Förderung der Arbeit für den gewerblichen Nachwuchs.

Der Verbandstag hat sich ferner mit den Anträgen zu den Sparten, besonders mit der Schaffung einer Handseherpartei, mit dem Stand der internationalen Beziehungen usw. zu beschäftigen. Durch den Tod des langjährigen verdienten ersten Verbandsvorsitzenden Joseph Seif ist die Neuwahl des Vorsitzenden notwendig geworden.

Im Mittelpunkt der Tagung steht ein Vortrag des Professors Dr. Kösting über „Birtshafspolitik im Rahmen des demokratischen Gegenwartsstaates“.

Die Buchdrucker sind zu 96 Proz. organisiert, wovon nur etwas mehr als 3 Proz. auf den christlichen Verband entfallen. Diesem starken freigewerkschaftlichen Zusammenschluß verdanken die Buchdrucker in erster Linie ihre Erfolge. Hervorgehoben werden muß auch, daß es den Buchdruckern seit einigen Jahren gelungen ist, den verderblichen Einfluß der Kommunisten fast völlig auszuschalten. Die letzten Verbandstage waren nur mit Anhängern der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung besetzt.

Auch die diesjährige Tagung der Buchdrucker hat eine umfangreiche Arbeit für die Mitglieder des Verbandes wie überhaupt für das gesamte graphische Gewerbe zu leisten. Wir wünschen daher den Verhandlungen des Verbandstages einen guten Verlauf.

Die Brandkatastrophe in Moabit.

Die Arbeiterschaft der Firma Dr. Laboschin A.-G. war am Donnerstag früh in den „Sprechhallen“ versammelt, um zu dieser Katastrophe Stellung zu nehmen. An der Versammlung nahm auch die Direktion teil. Als Vertreter der Arbeiterschaft war Genosse

Bach vom Fabrikarbeiterverband anwesend. Letzterer sowie die Betriebsvertretung wiesen darauf hin, daß sich diese Katastrophe hätte vermeiden lassen, wenn die leicht brennbaren und explosiven Stoffe in geeigneten Räumen untergebracht gewesen wären.

Lehrer, bekanntlich auch leicht brennbar, dürfte nicht in Räumen stehen, wo an offener Flamme die Ampullen zugehört werden. Ganz besonders mies der Organisationsvertreter darauf hin, daß keine Feuerleiter am Fabrikgebäude vorhanden waren. Verletzungen, wie sie einige Arbeiterinnen und Arbeiter durch Abspringen erlitten haben, wären dadurch vermieden worden.

Von der Firmenleitung wurde erwidert, daß erst vor kurzer Zeit eine Beichtigung des Fabrikgebäudes durch die maßgebende Behörde erfolgt sei. Es sei nicht darauf hingewiesen worden, daß Feuerleiter vorhanden sein müssen.

Wenn dem so ist, ist das wieder ein Beweis dafür, wie notwendig es ist, daß bei Gewerbeaufsichtsamtern und ähnlichen Behörden Arbeiter angestellt werden, die dann mehr darauf achten, daß der Arbeiterschaft in den Betrieben genügender Schutz gegen derartige Brandkatastrophen gewährt ist.

Schiedspruch für den Ruhrbergbau.

Es bleibt beim Alten.

Essen, 20. Juni.

Die Schlichterkammer fällt heute gegen 1/5 Uhr einen Schiedspruch für die Kohmentarische und die Arbeitszeit im Ruhrbergbau. Der Schiedspruch hält durch ein Mehrarbeitszeitabkommen die heutige Arbeitszeit von acht Stunden unter Tage und die heutigen Mindestlöhne für Gedingearbeiter aufrecht.

In der Urlaubsfrage ist eine Erhöhung um einen Tag für die höhere Dienstaltersstufe sowie für die Fünfehn- und Sechsehn-jährigen festgelegt und ein viertägiger Urlaub für die Viersehn-jährigen neu eingeführt worden.

Rahmentarische und Arbeitszeitabkommen sollen bis zum 30. November 1930 unföndbar sein. Es sind längere Kündigungsfristen vorgegeben.

Die Parteien müssen sich bis Montag, den 24. Juni, über Annahme und Ablehnung erklären. Die Nachverhandlungen vor der Verbindlichkeitsklärung dürften Mitte nächster Woche in Berlin beginnen.

Im schlesischen Textilkonflikt beginnen die Verhandlungen über den von den Textilarbeiterorganisationen gestellten Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs am kommenden Montag im Reichsarbeitsministerium.

(Gewerkschaftliches siehe auch 2. Beilage.)

Beantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schlotz; Fremdsprachen: R. B. Fischer; Politik und Sonstiges: Felix Kaufmann; Anzeigen: H. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen 3. Hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen“ und „Stadtbeilage“.

Musikaufträge

Übersicht man nur dem Rahmen des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Rammelsburgerstr. 63/64, Telefon 2271-78. Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-3 Uhr. Auf Wunsch: Bestwertbeleg.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Preise für Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat, Mengenabgabe vorbehalten. Fleisch, Fisch, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Boo-Lin Zitronen- Gärungsgetränk

Verkauft Drogen-Abteilung
Ausverkauf
in den Erfrischungsräumen

Gemüse u. Obst

Rhabarber .. 5 Pfund	0.10	Möhren lange Bund	0.18 0.25 0.48
Salat .. 3 Kopf	0.10	Neue Kartoffeln	5 Pfund 0.48 0.58
Radisheschen .. 3 Bund	0.10	Frischer Spargel	Pfund 0.07 0.24 0.38 0.52
Grüne Gurken Stück von	0.12 an	Tomaten ..	Pfund 0.32
Jung. Weißkohl Pfd.	0.20	Zitronen Duzend	0.45 0.52
Jg. Wirsingkohlr Pfd.	0.20	Kirschen ..	Pfund 0.38
Grüne Bohnen Pfund	0.20		
Blumenkohl Kopf von	0.24 an		

Wurstwaren

Hausmachersülze Pfd.	0.60	Filetwurst ..	Pfund 1.60
Rotwurst ..	Pfund 0.85	Feine Leberwurst Pfd.	1.80
Dampfwurst ..	Pfund 1.00	Teewurst ..	Pfund 1.80
Landleberwurst Pfd.	1.20	Schinkenspeck Pfund	2.10
Fleischwurst ..	Pfund 1.20	Königsstraße, Rosenthaler Str., Moritzplatz:	
Schinkenpolnische	1.60	Berlin, Mettwurst Pfd.	1.10
		Bierwurst ..	Pfund 1.60

Konserven

Gemüseerbsen .. 1/2 Dose	0.50	Tomatenmark Italienische Dose	0.22
Erbsen lange 0.78 mittlere 1.50		Senfgurken ..	0.87
Leipziger Allerlei ..	0.90	Apfelmus 3/4 Dose	3.60 0.76
Gemisch. Gemüse klein	1.50	Pflaumen ohne Stein 0.90 mit Stein	0.72
Karotten geschliffen ..	0.42	Saure Kirschen ..	0.85
Karotten lange, extra klein	1.00	Mirabellen ..	1.10
Jg. Brechbohnen l	0.95	Oelsardinen Klubbdose	0.45 1/2 D. 0.24
Sellerie 1.10 Spinat	0.48	Norw. Heringe 1/2 Dose	0.70
Rote Rüben ..	0.38		

Käse u. Fette

Ramadou halbfett, Stück	0.18	Camembert vollfett, 6 Portion.	0.48
Briekäse vollf., Schnitt, ca. 1 Pfund br.	0.68	Münsterkäse vollfett, Pfund	0.85
Steinbuscher vollfett, Pfund	0.95	Tilsiter vollfett, Pfund	0.95 u. 1.15
Limburger Allgäuer, halbfett	Pfund 0.55	vollfett, Pfund	0.82
Holländer halbfett ..	Pfund 0.66	vollfett, Pfund	0.94
Edamer halbfett ..	Pfund 0.68	vollfett, Pfund	0.96
Schweizer dänischer, dreiviertel, Pfund	0.84	bayr., vollfett, Pfund von	1.45
Blockkäse, ohne Rinde, halbfett:			
Tilsiter Art ..	Pfund 0.80	Schweizer Art	Pfund 1.15
Margarine Pfund	0.52 0.58	Tafelbutter l ..	Pfund 1.84
Kokosfett 1-Pfund-Tafel	0.62	Dänische Butter Pfd.	2.00

Konfitüre

Orang. 1.05 Aprikos. 1.10 Himbeer 1.35 Ananas 1.40		Pflaumen	0.92
--	--	----------	------

Kolonialwaren

Olympia-Mehl 2-Pfund-Beutel	0.52 0.55	5-Pfund-Beutel	1.10 1.18 1.25
Bruchreis ..	Pfund 0.18	Eter-Schnittnudeln	0.36
Tafelreis Pfund	0.24 0.32	Eter-Fadennudeln	0.38
Weizengrieß Pfd.	0.21 0.25	Makkaroni Hartgrieß, Bruch, Pfd.	0.38

Wein

Edelapfelwein aus Tafelobst, sehr mild, ohne Glas	0.65
1928 Bergzaberner Letten kerniger Oberhaardter	0.95
1928 Obermoseler Tlach- und Bowienmosel	1.20
1928 Wöllsteiner saftig, fordernd, Rheinhesse	
1927 Nitteler Leiterchen Riesling spritzig	
1920 Dürkheimer Schenkenböhl liebl., saftig	1.60

Heute besonders billig:

Kalbskamm u. Brust Pfund	0.80	Junge Kohlrabi .. Mandel	0.15	Zervelat u. Salami Ho'steiner Pfund	1.70
Hammelvorderfleisch Pfd.	1.00	Junge Schoten ..	Pfund 0.20	Speck fett, Pfund	1.15 mager, Pfund 1.30
Kalbskeule ganz oder geteilt, Pfund	1.00	Werdersche Erdbeeren	0.45	Mettwurst (Braunschweiger Art) Pfund	1.25
Hawaii-Ananas 1/2 Dose 8 Scheiben	1.00	Delikateß-Würstchen Dose 5 Paar	0.78		

Frisches Fleisch

Kalbsnierenbraten ..	Pfund 0.95	Gulasch	Pfund 0.90
Querrippe Pfund	0.76	Gehacktes	Pfund 0.75
Liesen Pfund	0.70	Rinderkamm u. Brust ..	Pfund 0.85
Schmorfleisch u. Roastbeef m. Knochen	Pfund 1.10	Schmorfleisch ohne Knochen ..	Pfund 1.30
Schweinebauch mit Bellage ..	Pfund 1.08	Schweinekamm Blatt u. Köcken, m. Bellage, Pfd.	1.15
Schweineschinken ..	Pfund 1.22	Käiler Kamm u. Schaft ..	Pfund 1.35
Ausgelassener Nierenfalg ..	Pfund 0.45	Frische Rinderzungen ..	Pfund 1.20
		Kalbschnitzel ..	Pfund 2.00

Getlügel

Junge Tauben ..	Stück von 0.80 an
Suppenhühner u. -Hähne	Pfund von 1.15 an
Wolgahühner ..	Pfund von 1.20 an
Junge Gänse ..	Pfund von 1.38 an

Fische

Bratschollen ..	Pfund 0.10 0.22
Makrelen ..	Pfund 0.12
Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfund	0.20 0.28
Goldbarse ohne Kopf ..	Pfund 0.22
Schellfische ..	Pfund 0.30
Rotzungen mittelgroße ..	Pfund 0.35
Filet von Kabeljau ..	Pfund 0.36
Steinbutten ..	Pfund 0.38 0.55
Limandes-Zungen ..	Pfund 0.38
Frischer Zander ..	Pfund 0.7 an
Lebende Schleie ..	Pfund von 0.98 an
Lebende starke Aale ..	Pfund 1.95

Die Schulanlage am Dammweg.

Deutschnationale gegen den Schulfortschritt.

Von der im Verwaltungsbezirk Neukölln geplanten großen Schulanlage am Dammweg kann einstweilen nur ein Teil ausgeführt werden. Man muß sich bis auf weiteres mit dem Bau der Volksschule begnügen, die für diesen bis zur Uniersitätsstraße führenden einheitlichen Schulorganismus die Grundlage ist. Die Deutschnationalen sind, wie gestern in der Stadtverordnetenversammlung ihr Redner durchblicken ließ, überhaupt keine Freunde des neuen Gedanken reichen Projektes. Sie eifern gegen den „kostspieligen Versuch“, den man hier machen wolle. Freunde des Schulfortschrittes soll niemand bei den Deutschnationalen suchen. Gegen die Kostspieligkeit wenden sie sich weniger rasch, wenn es sich um Schulbauten handelt, die nicht in einem Wohnviertel der wertvollen Bevölkerung, sondern in einem wohlhabenden Bezirk errichtet werden sollen.

Zu Beginn der Sitzung gibt der Vorsitzende, Genosse Haf, die Antisenerklärung der aus der Kommunistischen Partei ausgeschiedenen Stadtverordneten Frau Hoffmann-Gwinner bekannt. Als der Vorsitzende fortfährt: „Widerpruch dagegen...“ erwidert von der rechten Seite des Hauses her der mehrfache Ruf:

„Kein, nein!“ (Heiterkeit.) — Bei der Verabschiedung der Vorlage des Magistrats wegen des

Abbruchs der Spittelkolonnaden

in der Leipziger Straße sprach Stadtverordneter Dove (Dem.) sein Bedauern über den Abbruch aus und meinte, Baufluchtlinien seien nicht so eberne Gesetze, daß sie nicht auch einmal bei solch einem Einlaß umgangen werden könnten. Der Sprecher der Deutschnationalen forderte Erhaltung der Kolonnaden. Stadtverordneter Wisnewski (Komm.) war trotz seiner Laufsprechereigenschaften unverständlich, der Volksparteiler Dr. Caspari sah nicht ein, warum der Abbruch dringlich sein sollte. Der Verkehr sei dort noch nicht so stark, man solle sich ruhig noch stehen lassen. Genosse Weinberg bezeichnete den Vertrag mit dem Staat wegen des Abbruchs als sehr günstig, wertvolles Straßenland erhält die Stadt zu sehr billigem Preis. Der künstlerische Wert der Kolonnaden werde stark überschätzt. Anders wäre es allerdings, könnte Berlin die die Kolonnaden einengenden Grundstücke mit den Häusern erwerben und vielleicht an ihrer Stelle etwas künstlerisch und städtebaulich Einseitliches legen. Das ist aber finanziell unmöglich und so mühte eben auf dem vorgeschlagenen Wege Raum für den Verkehr geschaffen werden. Im übrigen seien alle Parteien des Hauses bei der Festlegung der Fluchtlinien, die die Kolonnaden bedrohten, beteiligt gewesen. Stadtverordneter Kimmel (Dnat.) beantragte

Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuß, außerdem war noch namentliche Abstimmung über den von uns bereits am Donnerstag früh mitgeteilten Ausschußbeschuß beantragt. Die Rückverweisung wurde abgelehnt gegen die Linke des Hauses; mit derselben Mehrheit wurde dann die Vorlage nach den Ausschußbeschlüssen angenommen — Die Restaurierung des Turmes der Marienkirche war wegen der Einsturzgefahr dringlich geworden; zu den Kosten soll die Stadt Berlin auf Antrag des Bezirksamts Mitte 30 000 Mark in Form eines Patronatsgeschenks beitragen. Da die Kirchenhalle als „notleidend“ erkannt und weil der Turm und die Kirche als wertvolles Berliner Baudenkmal zu bezeichnen ist, will der Magistrat dem Antrag entsprechen. In der Debatte erklärte der Kommunist Wisnewski, er wolle mit seiner Rede den Sozialdemokraten die Rechtsgrundlagen für ihre Kirchenfreundlichkeit nehmen. Ein Zusageantrag der Kommunisten, die 30 000 Mark abzulehnen und für eine Befestigung der Patronatsbestimmungen einzutreten, wurde in seinem ersten Teil abgelehnt, der zweite Teil wurde von der Linken angenommen. Der Ausschußbeschuß, der die 30 000 Mark geben will mit der Maßgabe, daß weitere Ansprüche der Kirchengemeinde nicht berücksichtigt werden sollen, wurde darauf angenommen. — Der Vertrag über die gemeinsame Fortführung des Ambulatoriums für Knochen- und gelenkranke Kinder auf dem „Eger“ zwischen der Stadt und dem Staat wurde gutgeheißen. — Der beabsichtigte

Neubau einer Schule am Dammweg in Neukölln

rief wieder die Deutschnationalen auf den Plan, die zunächst nur 900 000 Mark für die Volksschule freigegeben, aber den Baubeginn für die höhere Schule hinausgeschoben wollten. Für die Ablehnung wurde die gespannte Finanzlage der Stadt herangezogen. Stadtverordneter Caspari (D. Vp.) bemängelte das hohe Honorar, das für die Pläne aufstellende Privatarchitekt Prof. Tau erhalten habe, ohne daß die städtischen Körperschaften gefragt wurden. Es seien genug städtische Baubeamte da, so daß die 140 000 Mark gespart werden könnten. Bürgermeister Scholz gab bekannt, daß in Zukunft Privatarchitekten von den Bezirksämtern ohne Genehmigung der Zentrale nicht mehr herangezogen werden dürfen. Die Vorlage wurde verworfen. — Bei der Freigabe von Mitteln für einmalige Ausgaben spielte sich der Deutschnationale Dethleffen wieder als der Hater der Ordnung in den städtischen Finanzen auf. Seit die Deutschnationalen den Etat ablehnen, gehören solche Redereien zum ständigen Programm deutschnationaler Gratschüler.

Natürlich lehnte Herr Dethleffen wieder die bessere bauliche Ausgestaltung von Volksschulen in Arbeiterbezirken ab.

wie er auch gegen den Wiederaufbau des Proletariatsfriedhofes des Raggelsee war. Der Schulneubau in Zehlendorf berührte ihn offenbar nicht. Die Mittel wurden freigegeben. — Gegen die Gewährung von 25 000 Mark als Zuschuß für die Internationale Rennwoche wandte sich Genosse Gebert. Die feudalen Rennereien, die allein an Preisen bei der internationalen Woche 251 000 Mark auswerfen, seien demnach sehr wohl in der Lage, die 25 000 Mark der Stadt zu verschmerzen. Gebert gestrichelte dann das Lehrlingswesen in den Betrieben der Rennbahnen und wandte sich scharf unter Vorlegung von Beispielen gegen die Arbeitsverhältnisse der Angestellten. Stallleute gehen mit 38 bis 42 Mark Wochenlohn nach Hause, Futtermeister erhalten 48 Mark. Die Berufs- und Arbeitsverhältnisse sind hunderte. Die reichen Rennstallbesitzer sollten sich erst um die sozialen Verhältnisse ihrer Angestellten kümmern, ehe sie Anträge um Unterstützung an die Stadt stellen. Die Vorlage des Magistrats hat der Redner abzulehnen. Selbstverständlich bemerkt Stadtverordneter Lange (Komm.) auch diese Sache zu Angriffen gegen die Sozialdemokratie. Stadtverordneter Mertel (Dnat.) fand „volkswirtschaftliche“ Gründe für die Bewilligung der 25 000 Mark. Genosse Gebert fragte Herrn Mertel, ob ihm bekannt sei, daß ein Rennverein ehemalige Offiziere als Rennstallangestellte engagiert hat, weil diese Leute (offenbar als Pensionsbezieher der Republik) billiger arbeiten, als freie Arbeiter und Angestellte. Daß sei Schmutzkonturrenz — jagte Genosse Gebert. Herr v. Jeklin (Dnat.) in einem Zwischenruf nannte es „freie Bahn dem Tüchtigen! Die 25 000 Mark wurden gegen die Stimmen von etwa zehn Deutschnationalen abgelehnt.

Bei der debattierten Erledigung einer größeren Anzahl Grundstücksvorlagen wurde auch der Anlauf des Flugplatzes Johannisthal-Adlershof beschlossen. — Die Abstimmung über die kommunalistischen Anträge wegen des Verbots des Stücks „Stiffos über Berlin“ und die sozialdemokratischen wegen der Wiedereinführung der Theaterzensur wurde nochmals vertagt. Vertagt wurde auch die Debatte über einen Antrag der Kommunisten, der die Befreiung aller städtischen Betriebe von jeder Steuer vorsieht.

Geht man die Fördendstraße in Schmargendorf entlang bis zu ihrer Einmündung in den Hohenzollerndamm, so läßt einem rechter Hand der Spiegel eines kleinen Sees an, der rings von prächtigen Trauerweiden umgeben ist. Eine winzige Insel in der Mitte des Sees trägt einige Büsche und Bäume und ist durch einen schmalen Damm mit dem Ufer verbunden. In den Fluten des Sees, vor dessen Betreten übrigens Verbotstafeln warnen, spiegelt sich der Neubau der Schmargendorfer evangelischen Kirche mit ihren weithin sichtbaren, drei Turmspitzen und auf der anderen Seite das Kleist-Realgymnasium. Erst beim näheren Zusehen entdeckt man, daß dieser landschaftlich wirklich reizvolle kleine See einen praktischen Zweck haben muß: Zwei dunkel gährende Kanal-eingänge belehren uns, daß wir es hier mit einem Regenwasser-Aufhaltebecken der Stadtentwässerung zu tun haben. In den Anfängen der Entwicklung von Schmargendorf mußten die Regenwässer nach einem natürlichen Laßem, das zwischen Fördendstraße und Hohenzollerndamm lag, abgeleitet werden. Hier verdunsteten und verdunsten sie, weil ein natürlicher Abflußgraben oder Flußlauf zur Aufnahme der Regenwässer von Schmargendorf fehlten. Aber durch den Ausbau des Ortsteiles Schmargendorf wurden auch die abzuführenden Regenwassermengen immer größer. Das vorhandene natürliche Laßem genügt nicht mehr und mußte im Jahre 1912/13 künstlich erweitert werden. Bis 1927 kam man mit dieser Erweiterung aus. Die ständige Zunahme der Regenwassermenge ließ eine Ueberflutung des Beckens befürchten. Da wegen der anliegenden bebauten Grund-



Der versteckte Regenwassersee

stücke ein weiterer Ausbau unmöglich war, ging man daran, einen künstlichen Abfluß des Beckens herzustellen: ein unterirdischer Verbindungskanal führt zum Wilmersdorfer Aufhaltebecken am Hindenburg-Park, das seinerseits wieder einen unterirdischen Abfluß nach dem Landwehrkanal hat. 100 000 Kubikmeter Regenwasser saßt das Aufhaltebecken; jährlich werden etwa 1 Million Kubikmeter Regenwasser aufgenommen, die teilweise verdunstet und verpuffen, teilweise über das Aufhaltebecken Wilmersdorf dem Landwehrkanal zugeführt werden.

Jack London:

61) Lockruf des Goldes

(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus.)

Ich sitze nicht nachts in meinem Bett und denke an den lieben Gott, und ich betrachte die Sache daher etwas anders. Ist es nicht ein komischer Gedanke, herumzulaufen, den Bauten mit einer großen Keule den Kopf einzuschlagen und ihnen ihr Geld abzunehmen, bis man genug hat, und dann zu bereuen und die Köpfe zu flicken, die die anderen Räuber eingeschlagen. So ist es, wenn man mit seinem Geld Gutes tun wollte. Hin und wieder einmal wird ein Räuber weisheitsvoll und pflegt die Verwundeten. Carnegie zum Beispiel. Er hat den Leuten massenweise die Köpfe eingeschlagen und die Dummköpfe um ein paar hundert Millionen geplündert und gibt es ihnen jetzt teufelskühn wieder. Komisch, nicht wahr? Urteilen sie selbst!

Er drehte sich eine Zigarette und betrachtete sie halb neugierig, halb lustig. Seine Antworten und sein rücksichtsloses Verallgemeinern, das er in einer harten Schule gelernt hatte, waren verwirrend, und sie lehrte zu ihrem Ausgangspunkt zurück.

„Ich kann mich nicht mit Ihnen streiten, und das wissen Sie. Wenn eine Frau auch noch so sehr recht hat, so hat der Mann doch eine Art zu reden, die völlig überzeugend ist, selbst wenn die Frau sicher ist, daß er unrecht hat. Aber es gibt eines: die Schaffensfreude. Kennen Sie es Spiel, wenn Sie wollen, aber mir scheint doch, daß es mehr befriedigen muß, etwas hervorzubringen, etwas zu schaffen, als den ganzen lieben Tag die Bürde aus dem Becher rollen zu lassen. Manchmal striegelt ich selbst Mab, wenn ich Bewegung haben will oder fünfzehn Dollar für Kohlen bezahlen soll. Und wenn ihre Haut dann blank, schimmernd und seidig ist, dann fühle ich Befriedigung über das, was ich getan habe. So muß es dem Manne gehen, der ein Haus baut oder einen Baum pflanzt. Er kann es vor sich sehen. Er hat es geschaffen. Es ist seiner Hände Arbeit. Und wenn ein Mann

Ihres Schlages, Herr Harnish, kommt und ihm seinen Baum wegnimmt, so bleibt er doch stehen, und er hat ihn geschaffen. Mit all Ihren Millionen können Sie ihm den Baum nicht rauben. Das ist die Schaffensfreude, und die ist mehr wert als alle Freude am Spiel. Haben Sie nicht selbst einmal etwas geschaffen — eine Blockhütte am Vulkan, ein Kanu, ein Floß oder sonst etwas? Und erinnern Sie sich nicht, wie zufrieden Sie waren, und welche ein schönes Gefühl Sie bei der Arbeit und hinterher hatten?“

Während sie sprach, mußte er an die Zeiten denken, die sie ihm heraufbeschwor. Er sah die verlassene Ebene am Ufer des Klondike, sah die Blockhütten und Warenhäuser emporwachsen, alle die Gebäude, die er errichtet hatte, und die Sägemühlen, die Tag und Nacht mit drei Schichten arbeiteten.

„Ja, zum Donnerwetter, Sie haben recht, Fräulein Majon — in gewisser Weise. Ich habe hunderte von Häusern gebaut, und ich erinnere mich, wie stolz und froh ich war, wenn ich sie entstehen sah. Ich bin jetzt noch stolz darauf, wenn ich daran denke. Und Ophir — diese gottverlassene Eichweide! Ich schuf das große Ophir daraus. Von Rinksbilly leitete ich das Wasser achtzig Meilen weit hin. Alle sagten, daß es unmöglich sei, aber ich tat es, und ich tat es ganz allein. Damm und Leitung kosteten mich vier Millionen. Aber dann hätten Sie Ophir sehen sollen — Kraftanlage, elektrisches Licht, und hunderte von Arbeitern, die Tag und Nacht im Gange waren. Ich glaube, ich weiß jetzt ungefähr, was Sie meinen. Ich schuf Ophir, und, weiß Gott, das war verdammte schön!“

„Und da gemannen Sie etwas, das mehr wert war als Geld,“ ermutigte ihn Dede. „Wissen Sie, was ich tun würde, wenn ich soviel Geld hätte, daß ich zum Weiterspielen gezwungen wäre? Sehen Sie alle diese nackten Hänge dort im Süden und Westen. Ich würde sie kaufen und mit Eukalyptus bepflanzen. Ich würde es nur aus Freude an der Sache tun, gefehlt aber, ich hätte den Spielteufel in mir, so würde ich genau dasselbe tun und die Bäume zu Geld machen. Und da komme ich wieder zu dem anderen Punkte. Statt den Kohlenpreis heraufzuschrauben, ohne doch dem Kohlenmarkt auch nur im geringsten mehr zuzuführen, würde ich tausend und aber tausend Klaster Brennholz hervorbringen — aus dem Nichts schaffen. Und jeder, der mit der Fährre überseht, würde zu den bewaldeten Bergen hinaufsehen und sich freuen. Wer hat sich darüber gefreut, daß Sie eine Tonne Red Wells um vier Dollar verteuerten?“

Jetzt war es Daylight, der eine Weile schwieg, während sie auf Antwort wartete.

„Möchten Sie lieber, daß ich derartige Dinge täte?“ fragte er schließlich.

„Es wäre besser für die Welt und besser für Sie,“ antwortete sie ruhig.

Die ganze Woche mußte jeder auf dem Kontor, daß Daylight mit großen Plänen umging. Außer einigen unbedeutenden Geschäften hatte er mehrere Monate nichts gemacht. Aber jetzt ging er tief in Gedanken versunken umher, machte unerwartet längere Fahrten über die Bucht nach Oakland oder sah stundenlang still und unbeweglich an seinem Schreibtisch. Was ihn beschäftigte, schien ihm eine ganz besondere Freude zu bereiten. Manchmal kamen auch Leute und besprachen sich mit ihm — Leute mit neuen Geschäftern und von einem ganz anderen Schlage als die, die ihn sonst aufzusuchen pflegten.

Am Sonntag erfuhr Dede alles.

„Ich habe ein bißchen über unsere Unterhaltung nachgedacht,“ begann er, „und ich habe eine Idee bekommen, mit der ich es einmal versuchen möchte. Es ist ein Plan, daß Ihnen die Haare zu Berge stehen werden. Es ist das, was Sie ehrliches Spiel nennen, dabei aber das tollste, auf das ein Mensch sich je eingelassen hat. Was meinen Sie dazu, Minuten en gros zu pflanzen und zwei wachen zu lassen, wo früher nur eine Minute wuchs? Ach ja, und auch ein paar Bäume dazu, sagen wir einige Millionen. Erinnern Sie sich des Steinbruchs, dessen Besichtigung ich vorkaufte? Nun, ich will ihn jetzt kaufen. Ich will die ganzen Berge von Berkeley den Weg hinab bis nach San Leandro kaufen. Ein Teil davon gehört mir übrigens schon. Aber verraten Sie nicht ein Wort davon. Ich will erst noch eine ganze Weile weiterlaufen, ehe etwas bekannt wird, denn ich will nicht, daß die Preise ins Uferlose steigen. Können Sie den Berg drüben sehen? Der gehört mir schon, und erstreckt sich mit seinen Hängen durch ganz Piedmont bis halbwegs zu den wogenden Hügeln von Oakland. Und das ist noch gar nichts gegen das, was ich erst kaufen will.“

Er hielt triumphierend inne.

„Und das alles, um zwei Minuten wachen zu lassen, wo früher nur eine wuchs?“ fragte Dede und lachte über seine Heimlichkeiterei. (Fortsetzung folgt.)

Beharrliche Unwahrheit.

Das Berliner Tageblatt und die Mainruben.

Das „Berliner Tageblatt“ hat am 12. Juni behauptet, daß die Hinterstebenen der während der Mainruben gestörten Frauen Köpfer und Köppen weder eine Unterstützung, noch einen Ersatz der Beerdigungskosten, noch ein Zeichen behördlicher Teilnahme erhalten haben. Der Polizeipräsident hat in seinem Schreiben auf die Rechtslage verwiesen und zum Schlusse hinzugefügt:

„In den Fällen, in denen eine dringende Notlage vorliegt, hat der Polizeipräsident, da nach den gesetzlichen Bestimmungen eine vorläufige Entschädigung nicht zulässig ist, unverzüglich bei dem Magistrat Berlin als der zuständigen Fürsorgebehörde angeregt, in jedem einzelnen Falle sofortige Hilfe zu leisten. Diesem Erlauschen ist auch in allen bisherigen Fällen entsprochen worden, ohne Rücksicht darauf, ob ein Anspruch auf Entschädigung überhaupt festgestellt werden wird.“

Das „Berliner Tageblatt“ setzt diesem Schreiben die folgende Bemerkung hinzu:

„Über wir müssen doch feststellen, daß jedenfalls bis zum 12. Juni, dem Tage, an dem wir die Angelegenheit hier zur Sprache brachten — also fast sechs Wochen nach den unglückseligen Vorgängen — weder den Kindern der Frau Köpfer noch dem arbeitslosen Mann der Portierfrau Köppen irgendeine Hilfe zuteil geworden oder in Aussicht gestellt worden war und daß sie, obgleich fast mittellos, die Beerdigungskosten selbst hatten aufbringen müssen.“

Bereits am 13. Juni veröffentlichten wir die folgende Darstellung der Sachlage, die unmittelbar darauf vom Nachrichtenamt der Stadt Berlin bestätigt wurde:

„Am 3. Mai fanden die Frauen Köpfer und Köppen durch verzerrte Augen den Tod. Am nächsten Tage schon erhielt der Sohn der Witwe Köpfer vom Wohlfahrtsamt Neukölln, ohne Prüfung des Notstandes, eine Geldsumme ausgehändigt, einen dunklen Anzug für sich selbst und für seine Schwester ein dunkles Kleid. Auf die Frage des obertugendlichen Beamten, ob er Fahrgehalt brauche, erklärte Köpfer, daß er sein eigenes Motorrad habe und damit alles erledige. Als ihn der Beamte noch auf die Beerdigungskosten hinwies, sagte er, daß seine Mutter im „Deutschen Herold“ versichert sei, und daß diese Gesellschaft die Kosten übernehmen werde. Die beiden Zeitungen erzählten dann noch, daß Köpfer sich in großer Not befindet, und seine Schwester, die die höhere Handelsschule besucht, ihr Studium nur unter großen Entbehrungen fortsetzen kann. Dazu ist zu sagen: K. verdient nach seinen eigenen Angaben, die nicht nachgeprüft wurden, 60 Mark pro Woche, außerdem ist ein Zimmer für 45 Mark pro Monat vermietet. Anträge auf Unterstützung sind weder beim Wohlfahrtsamt, noch für die Schwester beim Jugendamt gestellt worden.“

Im Falle Köppen erhielt der Chemann einen dunklen Anzug, ein Paar Stiefel und sofort, ohne Prüfung, 20 Mark. Antrag auf Übernahme der Beerdigungskosten wurde erst in diesen Tagen gestellt. Allein 1000 Mark zahlte eine Versicherung und 160 Mark die Krankenkasse, so daß K. 1180 Mark zur Verfügung hatte. Daneben erhält er pro Woche 19,95 Mark Arbeitslosenunterstützung. Inzwischen hat K. eine Wochensumme eingebracht, wonach ihm der Tod seiner Frau etwa 1800 Mark Unkosten verursacht hat. Die Beerdigung allein habe über 600 Mark gekostet. Das Bezirksamt Neukölln hat gleich nach den Unruhen den Beschluß gefaßt, Beerdigungskosten zu gewähren und von einer Einziehung der Kosten abzusehen.“

Das „Berliner Tageblatt“ hat von dieser Nichtigstellung bis auf den heutigen Tag keine Notiz genommen, es hält heute noch seine unrichtigen Behauptungen aufrecht. Die Absicht ist offenkundig, nach kommunistischem Muster gegen den Polizeipräsidenten wie gegen die städtischen Behörden mit unwahren Behauptungen Stimmung zu machen. Das starre Festhalten an der Unwahrheit zwingt uns zu der Feststellung, daß die Protiklen des „Berliner Tageblatt“ in diesem Falle nicht vereinbar sind mit den guten Sitten gewissenhafter Journalistik.

Das Motorbootunglück bei Treptow.

Der Zustand der beiden Verletzten ist ernst.

Die Ursache des schweren Motorboot-Explosionsunglücks auf der Spree in Treptow konnte bisher noch nicht geklärt werden.

Das Boot, eine große Luxusmotorjacht von etwa 30 Meter Länge, wurde völlig vernichtet. Der Schaden beträgt etwa 80 000 M., ist jedoch durch Versicherung gedeckt. Mit dem Boot sollte gestern eine große Fahrt nach der Ostsee angetreten werden. Am Donnerstag waren alle Tanks gefüllt worden, insgesamt etwa 2000 Liter Benzin. Durch die Explosion wurde das Boot förmlich auseinandergerissen. Der Führer, ein 35jähriger Gustav Kiemer, der in Casberg bei Sminemünde beheimatet ist, und der 16jährige Schiffsjunge Karl Schulz aus Sminemünde, wurden schwer verletzt und durch den Luftdruck ins Wasser geschleudert. Der Bademeister einer benachbarten Schwimmanstalt, der das Unglück beobachtet hatte, rettete die Verunglückten unter eigener Lebensgefahr. In den Zweigen eines Baumes hing brennend das Boot, das bei der Explosion emporgeschleudert worden war. Die Flammen, die auf die Veranda der Ybtei und einen Pavillon übergegriffen hatten, konnten verhältnismäßig schnell auf ihren Herd beschränkt werden. An der Löscharbeit beteiligten sich vier Löschzüge und das Feuerlöschboot III. Neben zahlreichen Schlauchleitungen mußten auch mehrere Schaumlöcher in Tätigkeit gesetzt werden. Nach zwei Stunden war der Brand niedergelämpft.

Das Befinden der beiden im Bethanienkrankenhaus damieliegenden Verunglückten ist sehr ernst.

25 Jahre Jüdischer Frauenbund.

Der Jüdische Frauenbund verstand es, seine Jubiläumstagung sehr eindrucksvoll zu gestalten. Rabbiner Dr. Baer machte es sich in seinem Referat zur Aufgabe, die Ziele eines weltanschaulichen Frauenvereins in unserer Zeit zu kennzeichnen. Die Bewegung, die aus der allgemeinen Frauenbewegung hervorgegangen ist, hielt es für notwendig, weltanschauliche Grenzen aufzuwerfen. Der zahlenmäßige Erfolg nach 25 Jahren weist 55 000 Mitglieder in 400 Ortsvereinen. Der Berliner Tagung ging eine Weltkonferenz jüdischer Frauen in Hamburg voraus, die zur Gründung eines Weltbundes geführt hat.

Aus der Fülle der anregenden Referate seien nur zwei erwähnt, das von der Sekretärin des Bundes, Fräulein Hannah Karminski, „Ausblick“, und das von Frieda Weinreich von der Zentralwohlfahrtsstelle für deutsche Juden, „Soziale Arbeit als Beruf“. Während Fräulein Karminski mehr die besonderen religiösen Aufgaben der jüdischen Wohlfahrtsstellen, beschäftigte sich Fräulein Weinreich mit den besonderen sozialen Verhältnissen der jüdischen Wohlfahrtsstellen. Es handelt sich dabei um ver-

Um das Philharmonische Orchester.

Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt und Reich. — Dr. Furtwängler auf 10 Jahre verpflichtet.

Die Schwierigkeiten, für auscheidende Mitglieder des Philharmonischen Orchesters Ersatz zu schaffen, und die Gefahr, gerade die besten Kräfte zu anderen Orchestern abwandern zu sehen, wo ihnen bessere Gehalts- und Versorgungsbedingungen wie in Berlin geboten werden, haben dazu geführt, daß der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen ließ, nach der zur Reorganisation des Berliner Philharmonischen Orchesters eine gemeinsame Arbeitsgemeinschaft zwischen der Stadt Berlin und dem Deutschen Reich geschlossen werden soll. Gegenstand der Arbeitsgemeinschaft ist die gemeinsame Unterstüfung des Berliner Philharmonischen Orchesters, das zu einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgebildet wird.

Wie erinnerlich, hatte der erste Dirigent des Orchesters Dr. Furtwängler im Herbst vorigen Jahres erklärt, er müsse mit Rücksicht auf seinen künstlerischen Ruf seine Stellung als Dirigent des Orchesters aufgeben, falls dem Orchester nicht die Möglichkeit gegeben werde, sich auf seiner künstlerischen Höhe zu halten. Zur Durchführung der Reorganisation des Berliner Philharmonischen Orchesters ist nun die Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Reich und der Stadt Berlin abgeschlossen worden, zu dem Zweck, das Berliner Philharmonische Orchester, G. m. b. H., durch Gewährung von Beihilfen zu unterstützen, soweit dessen Einnahmen zum Ausgleich der Gesellschaftsbilanz nicht ausreichen. Beide Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft werden in die Berliner Philharmonische Orchester-G. m. b. H. eintreten. Dabei ist eine spätere Beteiligung Preußens vorgesehen. Ferner wird Dr. Furtwängler als erster Dirigent des Orchesters unfähig auf die Dauer von 10 Jahren verpflichtet. Die Gegenleistungen des Orchesters bleiben dieselben wie bisher, mit der Ausnahme, daß die Mitwirkung des Orchesters bei den repräsentativen Veranstaltungen nicht auf eine bestimmte Anzahl beschränkt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung ist gebeten worden, der Vorlage des Magistrats zuzustimmen und die für den Geschäftsbetrieb des Orchesters erforderlichen Mehrbeträge zu bewilligen. Gleich-

zeitig sollen von der Besammlung der Mitglieder und Stellvertreter für den Aufsichtsrat des Berliner Philharmonischen Orchesters G. m. b. H. gewählt werden.

Gasthaus zum „Biberpelz.“

Das Kurhaus in Erkner, eins der stillsten Ausflugsrestaurants, war den literarisch kundigen Berlinern dorum vertraut, weil Gerhart Hauptmann einige Jahre hier gewohnt hat und eine Reihe von Früharbeiten, darunter den „Biberpelz“, an dieser Stelle geschrieben hat. Wir haben vor einiger Zeit bereits einmal ausführlich darüber berichtet. Die wechselvolle Geschichte des schönen alten Hauses erzählt neuerdings wieder eine Veränderung. Als Gartenlokal hat es sehr oft seine Besitzer gewechselt. Jetzt hat es eine Brauerei erstanden, die eine Bierniederlage auf dem Grundstück errichtet. Erfreulicherweise läßt die neue Besitzerin dieser historischen Stätte größte Schonung angedeihen. Die recht häufig gewordene Villa wurde von innen und außen neu restauriert und ist mit einem neuen Anstrich versehen worden. Die Neubauten, die für die Zwecke der Brauerei errichtet worden sind, rühren nichts an in dem Garten mit dem alten Baumbestand, sie sind im Hintergrunde des Hofes aufgeführt. Man hat sogar die alten Stallgebäude hinter dem Haus niedergelassen und gibt so die freie Ansicht des Gebäudes auch auf der Rückseite frei. Der alte Name „Kurhaus“ soll in die treffendere Bezeichnung „Der Biberpelz“ umgetauft werden. Unter diesem Namen wird das Haus schneller populär werden. Im Innern will man ein Zimmer dem Hauptmann-Gedenken widmen und in einer kleinen Sammlung all das vereinigen, was sich auf des Dichters Zeit in Erkner und insbesondere auf den „Biberpelz“ bezieht. Notwendig wäre dann freilich auch, daß man die alte „Mutter Wolke“ in diesem Museum wohnen läßt, die heute noch hochbetagt einige Straßen weiter in Erkner haust. Bekanntlich entnahm Hauptmann die Idee zu seiner lustigen Komödie einem Vorfall, der seiner Woch- und Aufwartefrau passierte. Vielleicht findet sich eines Tages auch noch das wichtigste Paritätenstück, der gestohlene Biberpelz wieder zurück.

armten Mittelstand, der sich mit Entschiedenheit dagegen wehrt, proletarisiert zu werden. Sie stellt fest, daß keine jüdische Wohlfahrt möglich ist ohne genaue Kenntnis des Ostjudentums. Die Wollen der Diskussion gingen am höchsten bei der Behandlung der Frage „Ehrenamtliche Wohlfahrtsarbeit oder Sozialbeamte“, mit der sich ja jetzt alle Vereine, die karitative Zwecke verfolgen, auseinanderzusetzen haben. Vorbildlich war übrigens auch die absolute Neutralität, die man den verschiedensten Richtungen innerhalb des Bundes entgegenbrachte. Die Einstellung zum Palästina-Wort hätte da manche Möglichkeit zu Auseinandersetzungen geboten. Angenehm fiel auch die für einen bürgerlichen Frauenverein schlichte Form aller Veranstaltungen auf.

Die öffentliche Kundgebung, die gleichzeitig Höhepunkt und Abschluß der Jubiläumstagung war, gestaltete sich zu einer spontanen Friedenskundgebung. Frauen aus Holland, England, Palästina, Polen, der Schweiz und Amerika ergriffen das Wort. Wie Mrs. Sternberger (New York) ausführte, ist die Tätigkeit der jüdischen Amerikanerin beherrscht von der Idee des Weltfriedens.

Todesopfer eines Trunkenen.

Drei Jahre Gefängnis für einen Droschkenchauffeur.

Eine strenge Strafe verhängte das Große Schöffengericht Berlin-Mitte über einen Autodroschkenchauffeur, der in der Trunkenheit mit seinem Wagen einen Berufsgenossen totgefahren hatte.

Vor der Sonderabteilung für Straßenunfälle unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Marggraf hatte sich der 20 Jahre alte Kraftwagenführer Alfred Straußmann wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Der Angeklagte hatte nach seinem eigenen Eingeständnis am Abend des 20. Dezember während der Ausübung seines Berufes teils allein, teils auch mit Fahrgästen stark getrunken. In der darauffolgenden Nacht gegen 1 1/2 Uhr fuhr er in rasender Fahrt durch die Müllerstraße. Vor dem Hause Nr. 35 hielt eine andere Autodroschke, und der Kraftwagenführer Sichtig mit damit beschäftigt, auf einem Rade etwas in Ordnung zu bringen. Der rasende Autofahrer fuhr so dicht an dem anderen Wagen vorbei, daß er diesen erfasste und Sichtig 20 bis 30 Meter weit auf den Straßendammschleuderte. Mit einer Gehirnerschütterung und schweren inneren Verletzungen wurde Sichtig

nach dem Bichow-Krankenhaus gebracht, wo er verstarb. Ein anderer Kraftwagenführer, der neben Sichtig gestanden hatte und die Autodroschke des Angeklagten heranzulassen sah, konnte sich mit knapper Not noch durch einen Sprung zur Seite retten. Die von dem Angeklagten gesteuerte Autodroschke fuhr nach dem Zusammenstoß auf die rechte Seite und gegen einen Baum, wo sie in stark beschädigtem Zustand stehen blieb. Der Angeklagte selbst kam ohne jede Beschädigung davon. Das Schöffengericht war der Meinung, daß im Interesse der allgemeinen Verkehrssicherheit gegen beitrunkene Kraftwagenführer mit äußerster Strenge vorgegangen werden müsse, und verhängte über den Angeklagten eine Strafe von drei Jahren Gefängnis.

Unsere Wiener Gäste.

Nachdem unsere Freunde aus Wien gestern nachmittags einen Rundflug über Berlin vorgenommen hatten, waren sie Gäste in der Reichskanzlei. Von deutscher Seite beteiligten sich Reichstagspräsident Lobe, die Minister Severing, Hilferding und Bissell sowie Ministerpräsident Braun. Der Reichstagspräsident selbst bezauberte sehr, wegen Unpäßlichkeit an dem Empfang nicht teilnehmen zu können. Er hatte vor dem offiziellen Empfang eine Aussprache mit Genossen Dr. Seig und Dr. Danneberg, die ihn auf seinen Wunsch in seinen Privaträumen aufsuchten.

Zwanzig „Mückenberatungstellen“.

Zur Bekämpfung der bei der großen Hitze besonders gefährlichen Mückenplage hat der Berliner Magistrat beschlossen, bei jedem Bezirksamt eine besondere Stelle einzurichten, die der Bevölkerung mit Ratsschlagen zur Bekämpfung der Mücken an die Hand gehen sollen; zwei solcher Stellen sind bereits in Benutzung genommen, die Einrichtung der übrigen soll in allerfrühesten Zeit erfolgen. Die Bekämpfung der Mücken geschieht besonders auf Grundstücken mit stehenden Tümpeln und Regenrinnen, da von hier die Brut am leichtesten sich erhaltungsgemäß zu entwickeln pflegt. Zur Bekämpfung der Mückenplage hat in erster Reihe die Ueberdeckung dieser Tümpel und Wasserstellen mit einer Delschicht Erlola. Weitere Auskünfte erteilen die Beratungsstellen der Bezirksämter.

Das Frischobst kommt!

Um die gewaltigen Obst- und Gemüsemengen, mit denen die Großstädte überschüttet werden, schnellstens weiterzuweisen — in Berlin treffen in der Hauptzeit 40 000 bis 50 000 Zentner Frischobst und Gemüse täglich ein —, ist ein gut funktionierender Apparat dringend erforderlich. Hier muß offen anerkannt werden, daß der Straßenhandel auf diesem Gebiete eine Funktion im Wirtschaftsleben ausübt, die unerlässlich ist. Wenn z. B. in Berlin — in anderen Großstädten ist das Bild ungefähr dasselbe — von diesen gewaltigen Mengen circa 70 Proz. durch den Straßenhandel der Bevölkerung zugeleitet werden und man sich vergegenwärtigt, daß die Einkäufe beim Straßenhändler zu einem großen Teil als Gelegenheitskäufe in Frage kommen, so sollten diese Einkäufe durch unbeschäftigte Strohmengierungen dem Publikum nicht vorenthalten werden. Jedermann weiß, daß Frischobst eine länger Lagerung nicht vertragen kann und daß es der Gesundheit am dienlichsten ist, wenn es so frisch wie irgend möglich verzehrt wird. Der Straßenhandel betrachtet es als seine Aufgabe, das eintreffende Obst und Gemüse am gleichen Tage der Bevölkerung zuzuleiten. Leider hat der Straßenhandel in Berlin vor kurzer Zeit eine starke Einschränkung durch eine neue Strohnordnung erfahren, wodurch die Weiterleitung der Obst- und Gemüsemengen gefährdet ist. Man muß aber von den Behörden so viel Verständnis erwarten, daß sie im Interesse der dringend notwendigen Versorgung der Bevölkerung mit billigem Frischobst dem Straßenhandel keine unnötigen Schwierigkeiten bereiten.

Eröffnung einer Schulzahnklinik. Das Bezirksamt eröffnet am 20. Juni in Reinickendorf-Ost, Kopenhagener Str. 10, eine Schulzahnklinik, die sich nicht nur auf die poliklinische Behandlung der von den Schulärzten überwiesenen Kinder beschränkt, sondern ihre Hauptaufgabe in der laufenden Unterstüfung und Behandlung ganzer Jahrgänge sieht. Dies kann bei der großen Zahl der Schulkinder nur allmählich durchgeführt werden. Die Einstellung eines zweiten Zahnarztes ist in Aussicht genommen. Neuauftnahmen: Montag bis Freitags 12—13 Uhr, Sonnabends 9—10 Uhr. Ueberweisungskarte des Schularztes ist vorzulegen.

Funkwinkel.

Vor einiger Zeit geschah es in einer großen Stadt Kanadas, daß ein Herr einen Schind gegen Scheck kaufte und ihn umgehend bei der Konkurrenz für Bargeld unter dem Einkaufspreis verkaufte. Wo, ein Betrüger! Verachtung war die Folge, aber der Scheck hatte reichlich und überreichlich Deckung. Ein schwindelhaft hoher Dollarbetrag kanadischer Konfession mußte dem unschuldigen Verhafteten als Entschädigung gezahlt werden. Ob die ganze Manipulation ein geschickt inszenierter Betrug war oder etwas anderes, hat bisher niemand erfahren. Dieben wahren Vorfalles werten Viktor Heinz Fuchs und Georg Wolf für ihr Hörspiel „Ist Mr. Brownie zu verurteilen?“ aus. Sie verlegen die Handlung nach Deutschland und verknüpfen sie selbstverständlich mit einer Liebesaffäre, die überhaupt erst die Erläuterung für die Unternehmung bildet, dadurch wird die hübsche, wahre Geschichte aus Kanada banalisiert. Das Fragezeichen, das dahinter steht, verleiht der wirklichen Begebenheit erst den eigentlichen Reiz, der fehlt hier in dem Sendespiel, und er wird auch nur schwer durch die spielerischen Arabesken der Komödie ersetzt. Für einen Hörer jedoch, der die Vorlage nicht kennt, bietet das Spiel eine nette Abendunterhaltung, die ein Tempo entwickelt, das man leider sonst bei Sendespielen selten findet. Daß das Hörspiel augenblicklich durchaus nur triviale Fälle im Stil eines Wallace behandelt, ist ein anderes Kapitel. Jedenfalls läßt das Tempo, in dem die Handlung passivlos heruntergespielt wird, die schematisierte Personenzeichnung vergessen. Eins muß festgestellt werden, die Technik des Hörspiels wird immer besser, es fehlen nur noch die Stoffe, und es sieht so aus, als ob diese gerade die Hauptrolle. Die Aufführung mit Braun und Graeg unter der Regie Brauns ist akustisch ganz hervorragend.



**Das gigantische Werk
ist vollendet!**

**Eröffnung
Freitag den 21. Juni 4 Uhr**

KARSTADT
HERMANNPLATZ

Kapitalbildung und Lotteriereform

Eine unvollkommene Kritik und ihre Widerlegung.

In Nummer 253 des „Vorwärts“ erörterten wir ein Projekt zur Reform der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie, das von dem Lotterieleinnehmer und Bankier A. Molling ausgearbeitet worden ist und von den an der Lotterie beteiligten Staatsverwaltungen zurzeit geprüft wird. Aus Kreisen der Lotterieleinnehmer wird gegen dies Projekt Sturm gelaufen. Eine eigene Zeitschrift und ein besonderes Presseorgan, das von unserem Parteigenossen Ernst verwaltert wird, dienen einer lebhaften Propaganda gegen die Mollingschen Anregungen. Genosse Ernst hat auch uns wie vorher bürgerlichen Zeitungen Ausführungen gegen das Mollingsche Projekt über- sandt, die wir aus Raumgründen nicht wiedergeben können. Wir bemühen uns aber im folgenden, die kritischen Gesichtspunkte, die er vorbringt, auf ihre Berechtigung zu prüfen.

Der Schutz der Lotteriespieler.

Wie noch erinnerlich, sieht das Projekt Mollings vor, daß künftig keine Einzahlung mehr erzielt, aber auch kein Loskäufer um seinen ganzen Einsatz gebracht werden soll. Dafür wird die Summe der echten Gewinne verhältnismäßig erhöht, und jedes Los, auf das kein Gewinn entfällt, wird nach zehn Jahren mit dem Einkaufspreis zurückbezahlt. Der Loskäufer verliert also in diesem Falle nur die Zinsen für das in dem Lose angelegte Kapital, während er sonst seinen Einsatz verloren hätte. Der Gegenwartswert des in zehn Jahren rückzahlbaren Loses liegt natürlich erheblich unter dem Nennwert. Will nun ein Spieler sein Los vor der Fälligkeit ver- werten, weil er den Gegenwartswert beim Kauf eines neuen Loses bewerten will, so muß er es veräußern. Der Genosse Ernst wirft nun die Frage auf, wie die Verwertung dieser Lose so organisiert werden kann, daß die Verkäufer einen realen Gegenwartswert erhalten, und ob nicht bei einem Ankauf der Lose durch die Lotterie- direktoren selbst die Erwartung, ein schließlich bis auf 2,3 Milliarden Mark anwachsendes Kapital für öffentliche Zwecke zu erübrigen, getrübt werden könnte.

Hinsichtlich der Bewertung hürde es uns gegebenenfalls zweck- mäßig erscheinen, die Lose an der Börse zur Notiz einzuführen, wo sich ein regulärer Marktpreis für sie bilden würde. Die Lotterie- direktoren würden an diesem Markt im Bedarfsfall regulierend ein- greifen und durch Verbreitung der Notierungen dafür Sorge tragen können, daß ein „wilder“ Handel entsteht, bei dem die kleinen Los- käufer betrogen werden. Sie braucht bei der Schaffung eines derartigen Marktes aber keinesfalls mit erheblichen Beträgen selbst ihre Mittel im Ankauf von Losen festzulegen.

Der Absatz braucht nicht zu leiden.

Bei der Schaffung eines derartigen Marktes braucht die Befürchtung des Genossen Ernst sich nicht zu bewahrheiten, daß unter der Unsicherheit des Gegenwartswertes der in zehn Jahren rückzahlbaren Lose schließlich der Absatz der Lose selbst leiden würde. Tatsächlich ist ja auch gar nicht einzusehen, warum eigentlich der Loskäufer, der statt des völligen Verlustes immerhin doch noch etwas für seinen Einsatz erhält, darum weniger Lose kaufen sollte als bisher.

Wenn etwa eingewandt werden sollte, daß heute ja die Ein- zahlungsgewinne den Loskäufern zu einem großen Teil die Möglichkeit gäben, in der nächsten Lotterie nach dem Einsatzgewinn weiter- zuspielen, so ist das falsch. Vielmehr pflegen erfahrungsgemäß die Besitzer von Losen, die mit dem Einsatz gezogen werden, noch für dieselbe Lotterie weitere Lose zu kaufen und in der Mehrzahl natür- lich nicht das „Große Los“ zu gewinnen, sondern den ursprünglichen Einsatz trotz des im Loskauf wiederangelegten Gewinns völlig zu verlieren. Die Lotterie wird praktisch im wesentlichen mit immer neuen Einsätzen gespielt, und es ist nicht anzunehmen, daß die Spielfreudigkeit durch die Verminderung des Risikos bei gleichzeitig verbesserter Gewinnaussicht geschwächt werden könnte.

Die besseren Chancen.

Zweifellos hat der Genosse Ernst ganz recht, wenn er feststellt, daß nach dem Plane Mollings der Spieler beim Kauf eines Loses „sich mit 86 Mark an einer Lotterie beteiligt, mit 114 Mark An- leihe zeichnet“. Aber den 86 Mark stehen bessere Gewinnaussichten gegenüber als den 120 Mark, die er heute für seine Beteiligung an der Lotterie aufwendet, und die 114 Mark steht der Spieler mit Zins und Zinseszins nach zehn Jahren wieder, obwohl der Genosse Ernst ohne die Spur einer Begründung das bestreitet.

Die Verbesserung der Spielchancen ist ganz offensichtlich, wenn man berücksichtigt, daß, wie wir eben auseinandersetzen, die Ein- zahlungsgewinne nur theoretische Gewinne sind. Von 91 Millionen Mark, die jetzt in einer Lotterie gespielt werden, entfallen 22 Millionen Mark auf die übrigen Gewinne, also weniger als ein Viertel. Von 192 Millionen Mark der Mollingschen Lotterie entfallen 56 Millionen Mark auf die Gewinne, also fast 30 Proz. Inwiefern also bei einer einfachen Verdoppelung der gegenwärtigen Loszahl bei unveränder- ter Verteilung ein für den Spieler günstigeres Ergebnis erzielt werden könnte, vermögen wir nicht einzusehen. Ob dies an der Fälligkeit der Ausführungen des Genossen Ernst oder an ihrer inneren Unbegründetheit liegt, wagen wir nicht zu entscheiden.

Grundsätzlich möchten wir zu der Frage noch folgendes bemerken:

Der Genosse Ernst operiert sehr lebhaft damit, daß die heutige Lotterie vielfach von Arbeitern, den Nichtbesitzenden, gespielt wird. Ihre Interessen würden in dem Molling-Projekt nicht ausreichend gewahrt. Zunächst ist uns nicht bekannt, daß eine zuverlässige Stati- stik bisher über die Zusammenfassung der Spieler in der Klassen- lotterie Auskunft gäbe. Alsdann vermögen wir nicht einzusehen, inwiefern der Mollingsche Plan die Interessen der kleinen Spieler nicht ebenso gut wahrt wie das jetzige System.

Die Frage, die Molling aufgeworfen hat, ist im Grunde sehr einfach. Er behauptet, daß es unmoralisch sei, daß die Spieler so große Verluste erleiden, damit der Staat einen verhältnismäßig hohen Gewinn als Lotterieunternehmer erzielt. Er behauptet weiter, daß die Verluste der Spieler wesentlich herabgesetzt werden könnten, ohne daß der Gewinn des Staats geschmälert würde mit der Neben- wirkung, daß dem Staat neben einem unveränderten Reingewinn die Verfügung über große Kapitalien gegeben würde, für die ein dringender Bedarf unbestreitbar vorliegt. Der Genosse Ernst muß zugeben, daß die Klassenlotterie in ihrem heutigen Aufbau das gleiche niemals leisten kann. Darum halten wir den Plan Molling für vor- teilhaft und nützlich.

Nur in einem Punkte, den Genosse Ernst nicht erwähnt, ist er den von ihm vertretenen Kreisen unbedeuten, und darum und nicht aus den vorgeführten unzureichenden sachlichen Gründen bekämpfen sie ihn. Molling schlägt vor, die Provision der Lotterieleinnehmer von ein Sechstel des Umsatzes auf ein Zehntel herabzusetzen, und die Lotterieleinnehmer befürchten, daß man ihre Provision noch weiter reduzieren werde, wenn der Plan Molling zur Durch- führung gelangt. Da uns mit den Provisionen der Einnehmer kein öffentliches Interesse verbunden zu sein scheint, haben wir wenig Verständnis für ihren Kampf gegen ein vernünftiges Reform- projekt.

Selbstfalls, soweit nur die besprochene Reform der Lotterie den reinen Spielcharakter nehmen und das darin investierte Kapital vollwirtschaftlich nutzbar machen kann, muß das Reformprojekt von den beteiligten Staaten auf das Gründlichste geprüft werden.

Optimismus bei der Ruhrgas A.G.

Trotz eines Zweimillionenverlustes und 5 1/2 Millionen künstlicher Aktiva.

Die Ruhrgas A.G., Essen, der Mittelpunkt des Kampfes für die Privatisierung der deutschen Gaswirtschaft und die vollständige Monopolisierung der deutschen Kohlen- und Nebenproduktwirt- schaft, hat ihre Bilanz veröffentlicht und auch schon ihre Generalver- sammlung gehabt. Direktor Dr. Seippel, der frühere Kommunal- politiker, den sich die Ruhrgas A.G. engagiert hat, stellte die Lage der Ruhrgas A.G. sehr optimistisch dar, obwohl bekannt ist, daß die Aktionäre der Ruhrgas A.G. über die Magerkeit der bisher erzielten Erfolge und den gleichzeitigen in Widerspruch dazu stehenden großen Aufwand sehr bedrückt sind und dem Vorstand darüber auch keine Zweifel lassen. Allerdings haben die Aktionäre der Ruhrgas A.G., das sind nämlich die Ruhrzechen, ein doppeltes Gesicht. Sie sind Aktionäre und möchten Dividende; sie verkaufen aber auch der Ruhrgas A.G. Gas und verdienen daran. Die Ruhrgas A.G. ist also als Gasprodukt der Zechen zu betrachten, wobei es u. U. nicht auf eine Dividende anzukommen braucht.

Sehr interessant ist die Bemerkung von Dr. Seippel, daß der Gasabfah durch das alte, vom Rheinisch-westfälischen Elektrizitäts- wert übernommene Netz sich auf 400 000 Kubikmeter täglich erweitert habe. Die Bemerkung ist deshalb interessant, weil das RWE seinen Aktionären und der Öffentlichkeit den Verkauf des RWE-Netzes mit der Behauptung plausibel gemacht hat, die Gaswirtschaft des RWE sei unproduktiv. Der gesamte Gasabfah der Gesell- schaft beträgt nach der Behauptung von Dr. Seippel täglich 1,2 Mil- lionen Kubikmeter; für die Öffentlichkeit wäre es interessant ge- wesen, zu wissen, für welchen Tag diese 1,2 Millionen Kubikmeter, die offenbar auch alle Konzernlieferungen bereits umfassen, berechnet sind. Mit rund 400 Mill. Kubikmeter jährlich wird die Ruhrgas es schwer haben, rentabel zu werden. Ueber die Heloga und über Köln äußerte Dr. Seippel sich deshalb begreiflicherweise zu- versichtlich; wie weit diese Zuversicht, besonders hinsichtlich der Heloga, berechtigt ist, wird sich ja bald zeigen. Man wird auch den Ritzteilungen im Geschäftsbericht, wonach eine Bautätigkeit im großen Umfange im Gange sei, etwas mißtrauen dürfen, nachdem man hört, daß an der Leitung Hamm-Hannover, die im Februar d. J. be- gonnen werden sollte, bis vor kurzem noch kein Spatenstich gemacht war.

Die Bilanz der Ruhrgas A.G. ist keineswegs erfreulich. Der Vorjahrsverlust von 0,73 Mill. Mark hat sich im vergangenen Jahre nach einem neuen Verlust von 1,21 Mill. auf 1,96 Mill. erhöht. Der Kapitalaufwand war im vergangenen Jahre beträchtlich. Von der 12-Millionen-Dollar-An- leihe waren mindestens 8 Mill. Mark Ende vorigen Jahres veraus-

gabt. Die laufenden Verpflichtungen haben sich von 0,12 auf 3,41 Mill. erhöht. Dazu kommen langfristige Verpflichtungen von 2,53 Mill., so daß das vergangene Jahr Aufwendungen von rund 27 Mill. Mark erfordert haben dürfte, wenn man rund 13 Mill. Neueinzahlungen auf das Aktienkapital hinzurechnet. Die Bilanz ist insofern zu einem günstigeren Ergebnis frisiert, als 5,55 Mill. Mark Kursverluste und Anleihekosten, die mit der 12-Millionen-Dollar-Anleihe zusammenhängen, unter den Aktiven verbucht sind, obwohl sie erst noch aus zukünftigen Gewinnen abge- schrieben werden müssen.

Die Tochter ernährt die Mutter.

Herrn v. Borfigs schlesische Montangewinne.

Für Herrn v. Borfig in Berlin entwickelt sich das ober- schlesische Tochterunternehmen, die Borfigwerke A.G. in Hindenburg, zu einer recht ergiebigen Goldquelle. Der Aufschwung dieser Schwerindustriellen Betriebe in den letzten beiden Jahren über- trifft die durchschnittliche Entwicklung der deutschen Schwerindustrie bei weitem.

Das Unternehmen, das in den ersten beiden Jahren nach der Stabilisierung der Mark über 4 Mill. Mark Verluste ausgewiesen hatte, konnte in den beiden folgenden Jahren 1926/27 diese Ver- luste nicht nur restlos tilgen, sondern darüber hinaus schon 1927 an die Berliner Muttergesellschaft des Borfig- konzerns einen Gewinn von 500 000 M. abführen. Im letzten Be- triebsjahr 1928 hat das Unternehmen so gut verdient, daß an Borfig- Berlin rund eine Million, also das Doppelte des Vorjahres, als Gewinnzahlung überwiesen wird. Bei dem in den ober-schlesischen Borfigwerken arbeitenden Kapital von 17,5 Mill. Mark würde dieser Gewinn zunächst einer Dividende von 6 Proz. entsprechen. Die vorjährige Verwaltung hat aber von den Betriebsgewinnen weitere 1,3 Mill. Mark vorweg abgezogen und in die Reserven gesteckt, so daß der tatsächliche Gewinn einer Dividende von 12 Proz. entspricht.

Außerdem gab das Unternehmen im letzten Jahre mehr als drei Millionen für neue Anlagen und Maschinenkäufe aus, wobei die gesamten Kosten aus laufenden Betriebs- gewinnen bezahlt wurden. Da infolge dieser großen Re- investitionen die Abschreibungen auf die Anlagen von 1,5 auf 2,1 Mill. Mark herausgeschraubt wurden, und die Abschreibungen auch erst verbucht werden müssen, so ergibt sich, daß die schlesischen Borfigwerke im letzten Jahre mehr als 25 Proz. ihres Kapitals verdient haben.

Herr von Borfig, der sein Berliner Unternehmen in Form einer GmbH. leitet und seine Gewinne daher nicht zu veröffent- lichen braucht, wird also wenigstens seiner fast 10 000 köpfigen Be- legenschaft in Oberschlesien nicht vorreden wollen, daß es ihm schlecht ginge.

Der Feldmühle-Papiertrust.

200 000 Tonnen Absatz im laufenden Jahr.

Die Macht des neuen Feldmühle-Papiertrusts in Stettin, der vor einigen Monaten durch Verschmelzung mit dem westdeutschen Reisholzkonzern gebildet wurde, wird aus dem jetzt veröffentlichten Börsenprospekt der Gesellschaft ersichtlich.

Das Kapital des neuen einbeteiligten Unternehmens beläuft sich jetzt auf 26 Millionen. Die Belegschaft in sämtlichen Be- trieben beträgt über 4500 Arbeiter und Angestellte. Die Er- zeugung allein an Papierfabrikaten belief sich in den vorher- gehenden Jahren bei

	Feldmühle in Tonnen	Reisholz in Tonnen
1926	72 240	65 502
1927	81 727	69 745
1928	93 267	77 479

Wie die Verwaltung in dem Prospekt erklärt, rechnet sie für 1929 mit einem Gesamtabsatz von 200 000 Tonnen Papier und Zellulose, so daß damit ein neuer Rekord in der Ent- wicklung dieser Unternehmen erzielt ist. Da für das laufende Be- triebsjahr die gleich hohe Dividende von 12 Proz., wie im letzten Jahr, auch auf das erhöhte Aktienkapital in Aussicht gestellt wird, so müssen auch die Gewinne des Unternehmens ent- sprechend gewachsen sein.

Niedrigere Kalipreise oder . . . ?

Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens auf Kosten der Düngerindustrie.

In der Öffentlichkeit ist im Laufe des letzten Jahres angeichts der großen Gewinne der deutschen Kaliindustrie und der gleichzeitigen Notlage der deutschen Landwirtschaft vielfach der Vorschlag einer Senkung der Kalipreise ge- macht worden, um der Landwirtschaft auf diese Weise zu helfen. Auch die organisierte Arbeiterschaft hat eine Senkung der Kalipreise in der Öffentlichkeit verlangt. Diesem Verlangen hat weder die Kaliindustrie selbst Rechnung getragen, noch hat der Reichswirt- schaftsminister einen entsprechenden Druck auf die Kaliindustrie ausgeübt.

Jetzt macht das „Magazin der Wirtschaft“ einen interessan- ten Vorschlag, wie ohne eigentliche Senkung der Kalipreise der

Braune Herrenhalbschuhe

in bekannt guter Salamander Qualität

15⁵⁰ * 18⁵⁰

SALAMANDER



Walter Jacobi: Fieber am Weg

Er schritt über den warmen Sand der Landstraße. Die Sonne stand am abendbunten Himmel wie eine vollblühende purpurne Rose. Ein seiner raucher Dunstschleier verweichte ein wenig die scharfen Konturen ihrer Ränder, so daß es aussah wie ein leichtes Wellen und beginnendes Bergehen. Mit den letzten brausenden Strömen ihres Lichtes überschüttete sie verschwenderisch die Erde, die in einem unendlich weiten, goldroten Reitermeer zu schweben schien. Die Berge glühten wie von innen heraus, die Riesern standen an den Abhängen wie riesige Fackeln. Ein leichter Wind bewegte mit leisem Rauschen die Ähren der Felder; man konnte meinen, sie wären Seen aus flüssigem Gold. Über allem lagerten die feucht-schwülen Dünste der Sommerblumen. Ein jeder andere, der durch diese einsame Gegend gekommen wäre, wäre in Verzückung geraten über die grandiose Schönheit der Natur, die noch einmal feurig aufflackerte, um sich dann still in die dunkle Nacht zu verspinnen. Den Landstreicher berührte es nicht. Er schlich geduckt über die Chauffee, die gläsernen Augen am Boden geheftet. Er wollte nichts mehr sehen. Die Schönheit der Welt hatte allen Reiz für ihn verloren, etelte ihn an. Zu lange schon war er gewandert. Früher, als junger Mensch, hatte er es stolz jedem ins Gesicht gerufen, daß nur der Landstreicher wahrhaftig lebe, daß er der wahre Herr sei. Die Freiheit der Straße hatte ihn heraufgeführt, mit offenen Armen jubelte er durch Sonne und Sturm. Aber mit den Jahren stumpfte er ab. Er hatte schon zu viel Winter und Schnee, zu viel Sommer und Regen erlebt. Die Sonne hatte den Körper ausgebleicht, die Kälte sein Herz erfroren. Und zuletzt betrachtete er die freie Natur als seine Feindin, die ihn in langen Jahren zermürbte. Ein Hagelgefühl gegen sie fleg in ihm auf. Er haßte den Himmel, der sein Dach war, er haßte Sand und Moos, die ihm Parkett und Teppich waren. Er haßte die Bäume, die er früher als die Säulen seines Riesenspalastes betrachtet hatte. Er schaute sich nach einem kleinen, abgeschlossenen Raum in dem er sich vor der großen Welt vertriehen wollte, um nie wieder vorzukommen.

Seine Schritte waren schwer und müde. Die Füße in den viel zu großen Schuhen brannten. Der Strohsand drang durch das löcherige Leder und peinigte die Sohlen mit tausend feinen Nadelstichen. Seine Knochen, die eine magere, verrundete Haut umspann, schienen ihm schwer wie bleigefüllt und zogen ihn nieder. Selbst die wenigen zerrissenen Lumpen, die er trug, waren ihm unbehaglich und quälten ihn.

Er war krank. Stöhnende Schmerzen durchschnitten wie Messer seine Brust, so daß er oft aufstöhnend und im Wege innehalten mußte. Sie zwangen seinen ehemals so aufrechten Körper, sich zu bücken und krampften ihn zusammen. Der Husten schüttelte ihn minutenlang mit schweren Hammerschlägen. Am furchtbarsten waren die Nächte, wenn das Fieber kam. Am Abend lieh es ein. Die Glieder klangen vor innerem Frost, die Zähne schlugen unhaltbar aufeinander, daß der Mund schmerzte. Der Kopf war heiß, wie wenn ihm glühende Gase umgaben. An unnatürlichem Glanz strahlten die Augen, über die dauernd die schmerzlichen Lider fielen, und im Hirn kreiste und sang das fochende Blut, bis ihn schwindelte. Der Schlaf kam nur noch für kurze Stunden und brachte tosende Angstträume. Wenn er des Morgens erwachte, war er so schwach, daß er sich kaum erheben konnte. Die Glieder liefen schweißdurchdränkt am Körper.

Er mußte, daß er nicht mehr lange wandern würde. Der letzte Winter mit seiner verfluchten Kälte war schuld. Mitleidige Bauern hatten ihn zwar stets in die Scheunen gelassen, hatten ihm oft sogar Decken gegeben. Er hatte sich ins Heu gewühlt, daß er fast erstarrte. Aber es war nutzlos. Die singende Kälte fraß sich überall durch und schlug ihre eisigen Zangen in das erstarrte Fleisch. Die Glieder wurden hart und steif wie Eisblöcke und ließen sich kaum bewegen. Selbst der Spiritus, den er hinuntergoß, half nicht mehr. Von Tag zu Tag steigerte sich die Krankheit, bis er wußte, daß er die Schwindel hatte. Zuerst suchte und tobte er, aber dann gewöhnte er sich an den Todesgedanken. Und jetzt wünschte er oft das Ende herbei; es sollte ihm die Erlösung bringen von der Qual und Mühe seines ruhelosen Lebens. Er freute sich auf den dunklen Frieden.

Er hatte noch einen Wunsch. Er wollte einmal in einem blauen, fühlen Bett schlafen, wollte seine Glieder darin ausstrecken und sich mit den weichen, feinenüberzogenen Daunnen umhüllen. In diesem Bett würde der Schlaf wunderbarlich und ihn überkommen und die bösen Fieberträume würden schweigen.

Aber das war eigentlich der Wunsch seines Verstandes, der Wunsch, den er sich gewissermaßen aufzwingen als Gegengewicht gegen ein anderes, abermühtiges Verlangen. Ein Verlangen, das tief in seinem Herzen glühte, das er jedoch an Tage, wenn Vernunft in ihm die Herrschaft hatte, mühsam unterdrückte. Aber des Abends, wenn das Fieber ihn durchbrannte, sprang er auf mit aller Gewalt. Dann konnte er sich nicht dagegen wehren, es riß ihn fort, daß ihm fast schwindelte. Das dampfende Blut spülte die verzweifelt kämpfende Vernunft hinweg, und das leuchtende Gaukelbild blieb. Er fürchtete über seine Sehnsucht verrückt zu werden, und war es eigentlich schon.

Und diese Sehnsucht war, einmal zu ruhen auf einem Lager aus den lamtenen Blättern purpurner Rosen. Ein Lager, wie es noch niemand vor ihm gehabt, und niemand nach ihm haben sollte. Er würde sich darin versinken lassen, hilflos und tief. Aus dem Rollen mühten Tausende von Rosenblättern herabströmen, bis sie ihn ganz bedeckten und erstühten. Sie mühten noch feucht sein vom Tau, und das wundervolle Raß würde den brennenden Körper kühlen und alle Wunden heilen. Dieses Lager würde so weich sein wie der launenrote Kiebel. Das köstlichste daran aber würde der Duft sein. Er würde ihn in schwere Purpurwolken hüllen und alle Qual lösch bezaubern. Er würde den Duft einatmen, bis er durch alle Poren drang, sich mit dem tranken Blut vermischte, mit ihm eins wurde, bis das Blut sich schließlich im Duft auflöste und in das Weltall schwang. Dieses Rosenlager dänkte ihm der Anbegriff aller Köstlichkeit, darüber hinaus gab es nichts. Der Gedanke, unter Blütenblättern hinüberzuschlummern, war ihm rauschende Seligkeit.

Der arme Landstreicher wußte, daß diese Sehnsucht Erfüllung war und nie verwirklicht werden konnte. Aber le unmaßlicher die Erfüllung schien, desto härtnadiger wuchs das Verlangen. Er hätte schon früher die roten Rosen geliebt. Wenn er jedoch jetzt welche sah, fürzte er auf sie zu, riß sie ab und verbarg das schwelgische Gesicht darin, als ob er sich erlösen wollte.

Er taumelte schwerfällig weiter auf dem sandigen Weg. Die Beine wurden immer schwächer und zitterten, so daß sie ihn kaum

noch trugen. Es war ihm, als ob sie jede Sekunde durchbrechen mühten. Ein trockener Durst brannte untlöschbar in seinem Hals; sein Inneres kam ihm vor wie eine glühende Sandwüste, aus der die Sonne dörrte. Die Schmerzen stachen untrögllich in den wunden Lungen und der ätzende Husten trieb ihm kleine Blutbäche durch die Kehle. Das Fieber war heute besonders schlimm. Auf seinen Wangen lagen scharf umgrenzte dunkelrote Flecken und stachen ekelhaft ab von dem bläulich grauen Ton der übrigen Haut. Der Kopf war eisenschwer und schien nicht zu ihm zu gehören. Er schlug von einer Seite auf die andere. Vor den Augen tanzten schreiendbunte Nebelkaden, so daß er kaum die Gegend erkannte. Plötzlich sah er in der Ferne irgend etwas Dunkles aufragen. Es sah ihm wie ein Gendarm, der sich übergroß auf ihn aufschob. Gemohnheitsmäßig bog er vom Wege ab und tockelte in einen rechtsgelegenen Wald. Die Füße stapften über dürres Gezweig, und jedesmal, wenn es knackte, war ihm, als ob leuchtende Funken von unten her aufstoben und ihm ins Gesicht fengten.

Er kam an eine Lichtung. In ihrer Mitte lag ein kleiner See mit schwerfälligen, moorigem Wasser. Die schneidende Sonne überschüttete ihn mit ihren letzten Feuerströmen und verwandelte die trübe Flut in geschmolzenes Metall. Goldene und silberne Funken sprühten flackernd auf und blendeten. Der Kranke nahm es nicht wahr. Er war so schwach, daß er sich an einen rissigen Baumstamm lehnen mußte und die Augen schloß.

Er hatte das dumpfe Gefühl, daß es zu Ende ging. Aber er war zu matt, um sich darüber aufzuregen. Er lehnte sich nur nach Ruhe, nach einem dunklen Schlaf, in dem er für immer alles vergessen konnte. Ganz tief in seinem Innern sang zwar irgendeine eintönige Melodie: „Nicht erfüllt; nicht erfüllt“. Er wußte jedoch kaum noch, was nicht erfüllt sein sollte. Irgendwie hatte er die Vorstellung von etwas Weichem, Fließendem, von etwas Kosamischem, das sich dicht um ihn legte und ihn einhüllte. Das Herz ging so schwach, daß er es kaum fühlte. Eine weite Leere war in ihm, die jedoch merkwürdig leicht war, so daß er sich fast emporhob.

Felix Scherret: Das Werk Travens

Ein guter Europäer kennt Mexiko als das Land der Bananen, der Ananas und der Deliquellen, er weiß vielleicht aus seiner Briefmarkensammlung, daß das Wappen einen Adler zeigt, der eine Schlange in den Krallen hält. Er wird wohl auch gehört haben, daß das Land zum Streikobjekt bedeutender amerikanischer Delinquenten geworden ist und daß die Vereinigten Staaten Kriegsschiffe nach Veracruz schicken, wenn eine Revolution ausbricht und dadurch die Interessen amerikanischer Bürger, die in Mexiko leben, bedroht erscheinen. Das alles kennt der europäische Leser aus seinen Zeitungen oder aus mehr oder minder gehaltvollen Essays in Zeitschriften. Vielleicht betrachtet er Mexiko, wenn er dafür überhaupt Interesse aufbringt, als ein Land, das nur darauf wartet, der europäischen Zivilisation unterworfen zu werden. Daß aber dort eine starke Eigenkultur in der Entwicklung begriffen ist, daß dort seit 1910 ein Proletariat um seine Existenzberechtigung kämpft, entzieht sich seiner Kenntnis. Der Kampf des Proletariats, möge dieses roter oder weißer Hautfarbe sein, um bessere Lebensbedingungen, steht jedoch heute im Mittelpunkt des inneren mexikanischen Lebens, und es ist das Verdienst des Schriftstellers Travens, daß er diese Fragen in den Mittelpunkt seiner Werke gestellt hat.

Wer ist dieser Travens? Man kennt ihn nicht. Vielleicht lebt er im mexikanischen Busch, vielleicht ist er angelehener Bürger in einer der Großstädte. Jedenfalls beherrscht er virtuos die deutsche Sprache. Vor ein paar Jahren schickte er des Manuskript eines Romans an den „Vorwärts“. Der Roman erschien und nach ihm noch mehrere andere, die später als Bücher in der Büchergasse Gutenberg ihre Auflagen erlebten, doch die Anonymität des Schriftstellers ist deshalb nicht gellachtet worden, und vielleicht ist das gut. Denn es fehlt der Nimbus der Persönlichkeit, und das Wert, das bisher vorliegt, spricht für sich allein.

Vor einiger Zeit veröffentlichte der bekannte amerikanische Schriftsteller Joseph Hergesheimer einen Roman „Tompico“, in dem er die Auseinandersetzungen und Intrigen zweier großer Diktaturen um mexikanische Petroleumquellen gestaltet. Der Roman trägt völlig realistischen Charakter, aber er bleibt im Grunde doch ein Epos auf die Kraft ungezügelter Herrentaturen. Es geht Hergesheimer wenig an, wie diejenigen, die für Wallstreet die Vermögen erarbeiten, leben; wie sie von einem rückfälligen Kapitalismus ausgebeutet werden. Sie sind nichts weiter als williger Kulturdünge, der es wenigen Auserwählten gestattet, ein luxuriöses und verschwenderisches Leben zu führen. Mexiko wird hier gesehen mit den Augen der erwerbenden Trustmagnaten. New York ist die Hauptsache und nicht Mexiko-Stadt.

In Travens „Der Schatz der Sierra Madre“ und in den „Baumwollpflündern“ wird diese strahlende Welt, die durch Hergesheimer bekannt geworden ist, aus einer anderen Perspektive betrachtet, nämlich aus der des Arbeiters, der an dem Glanz nicht teilnehmen darf und kann. Travens zeigt ein Proletariat von einer Gebrechlichkeit und Verwahrlosung, die jede Moral im Keime ersticht. Für einen Indianer, der die spanische Landessprache nicht einmal beherrscht und wieviel weniger noch das Englische. Ausbeutungsobjekte eines Machtwillens, der in Europa und in den Vereinigten Staaten wenigstens äußerlich in Zügel gehalten wird, während er sich in Landstrichen, die weit ab von Eisenbahn- oder Autostraßen liegen, hemmungslos austoben darf.

Man trauert augenblicklich in den wohlhabenden mexikanischen Gesellschaftskreisen über das Ende der wirtschaftlichen und politischen Diktatur eines Diaz, der es gestattet, daß das Proletariat von fremden und inländischen Vampiren bis zum Weißbluten ausgefogen wurde. In dem Buch „Land des Frühlings“ legt Travens einen Querschnitt durch dieses verlorene Paradies und deckt schonungslos die erbärmlichen Interessen der Großindustriellen und Großgrundbesitzer auf, die nichts anderes kannten, als auf Kosten der Arbeiter ein sorgenloses Leben zu führen. Ungeheurer Ueberfluß der Natur, ein phantastischer Reichtum des Landes auf einer

Plötzlich ging ein Ruck durch seinen Körper, der ihn aufriß. Er taumelte hoch und öffnete überweit die starren Augen. — Da stand die Vision. Klar und deutlich, unwahrscheinlich groß und nah. In so schreienden, übernatürlich hellen Farben, daß die gellenden Augen für einen Augenblick zuwelen. — Der sonnenüberstrahlte See hatte sich in einen Pfuhl verwandelt, der vom Grund bis zur Oberfläche mit Tausenden und aber Tausenden Rosenblättern geüllt war. — Eine würgende Angst sah ihn plötzlich an der Kehle. War es soweit mit ihm? Der letzte Rest des Verstandes wollte sich aufbäumen und kämpfte mit dem Fieberwahn. Aber das freilebende Blut, das sich schon auflöste, war stärker. Es riß ihn taumelnd fort und versenkte jeden klaren Gedanken, der aufkeimen wollte.

Das Bild blieb. Da wehrte er sich nicht mehr dagegen und nahm es für Wahrheit. Ein zittriges Lächeln verzerrte die trockenen geborstenen Lippen, auf denen einzelne Blutstropfen klebten. Eine brausende Seligkeit brach über ihn herein, seine höchste Sehnsucht war erfüllt. Und plötzlich süßte er körperlich, wie schwere, farbige Duftwolken auf ihn ausströmten und ihn emportrogen. Er lag wie gierig ein und wollte eins mit ihnen werden. Schritt für Schritt begann er die Beine vorwärts zu setzen. Es war ihm, als ob er es nicht selber tat, sondern irgendeine fremde Macht. Das Gehen fiel ihm mit einem Male gar nicht mehr schwer. Mit vorgestreckten Armen näherte er sich immer mehr dem duitenden Blütenpfuhl, bis er schließlich sein Ufer erreichte. Er setzte ein Bein in das Wasser. Die Flut durchströmte ihn mit wunderbarer Kühle. Der Rausch stieg aufs Höchste bei dieser Berührung. Er wollte den ganzen Körper, der sich im Brand verzehrte, in der köstlichen Erquickung baden und schob sich weiter in das Raß. Die Feuchtigkeit stieg bis zu den Knien, zum Leib, zur Brust. Hemmungslos wollte er alles auskosten bis zum Grunde, bis zum Ersinken.

Er schritt immer weiter. Das Wasser reichte zum Hals, stieg an das Kinn. Plötzlich durchschauerte ihn ein furchtbarer Frost und machte ihn hart. — Mit einem Schlage erwachte die klare Vernunft. Voll grauischem Schrecken sah er die Gefahr, in der er schwebte. Er wollte umkehren, wollte schreien, das herorstürzende Blut machte ihn krumm. Der Boden entwand wie ein Fahrstuhl unter seinen Füßen. Mit einem leichten Klatschen schlug das schlammige Wasser über ihm zusammen. Die Sonne war verfunken und die Flut lag trübe und schmutzig in der fröstelnden Dämmerung.

Seite und trostloses Vegetieren auf der anderen sind die beiden Pole, um die heute noch das mexikanische Leben kreist. Eine sozialistisch orientierte Zentralregierung verliert ihr bestes, um den Uebeln abzuhelfen, aber wer kann in das Innere eines unzugänglichen Landes dringen, wer kann hier schnell Abhilfe schaffen? Nur eine langsame Entwicklung ist imstande, bessernd zu wirken.

Vermögenshäuser, niedrige Löhne und längste Arbeitszeit — können sie irgendwie moralisch wirken? Wenn ein Dobbys in „Schatz der Sierra Madre“ überhaupt keine moralischen Hemmungen kennt, — ein Mann, der sein Leben lang Ausbeutungsobjekt oder in besseren Stunden Schnorrer war, — wenn dieser Mensch ohne jede moralische Rücksicht seinen Freund abschlägt, kann man es ihm verübeln? Nicht er ist schuld, sondern ein sinnloses Wirtschaftssystem, das auf keine menschlichen Wünsche Rücksicht nimmt! Dies ist das Leitmotiv, das alle Werke Travens durchzieht. Eine hohe Kultur, ein starker ethischer Wille sind durch europäische Ausbeutungsmethoden sehleretelt worden. Ein gutes, fleißiges und treues Volk wartet auf seine Erlösung.

Das Gesicht dieser Indianer, Nachkommen der Azteken und der Mayo-Völker, zeichnet Travens idyllisch verdrängt in seinen Novellen „Die Brücke im Dschungel“ und „Im Busch“. Es ist ein kindhaftes Volk, aber liebenswert und von hoher Intelligenz. Es versteht nicht den Unfuss der europäischen Kultur, weil es das Vermächtnis seiner Ahnen lebendig im Herzen trägt: Man lebt nicht für den Individualismus, sondern für die Gemeinschaft. Mag Travens gewesen sein, was er will, er fühlt Mitleiden für diese Entrechteten und er sieht ihre Lebenshaltung als die richtige an und nicht die kühnen gedanklichen, wirtschaftlichen und politischen Konstruktionen des amerikanisch-europäischen Kulturkreises.

Und dies ist das Größte an Travens: alle diese Erkenntnisse werden nicht doktrinar, mit erhabenen Zeigefingern vorgetragen, sondern sie werden lebendig, von innen heraus gestaltet. Travens reflektiert nicht, er gestaltet, er bildet, er dichtet der Wirklichkeit nach. Allein die Tatsachen sprechen, — Tatsachen, die für europäische Begriffe von phantastisch abenteuerlichem Aussehen sind. Aber es handelt sich dabei gar nicht um eine Abenteuerdichtung, möge sie romantisch verklärt oder völlig sachlich gesehen sein, es ist die Wirklichkeit, es sind eigene Erlebnisse, die sich hier zu Romanen von ganz großem Format formen.

Sind diese Bücher Romane, Selbstbekenntnisse oder Abhandlungen? Übergebrachte Kategorien werden hinlänglich, wenn ein Mensch den Willen und die Fähigkeit hat, innere Visionen mit der Wahrheit des Lebens derartig zu verschmelzen, daß man die Schranken von Wahrheit und Dichtung nicht mehr erkennt. Also schon liegt in Bedefrinds „Erdgeist“ ungelähr, würde ein Dichter sich vermessen, das Leben in seiner wirren Phantasie wahrheitsgetreu zu gestalten, dann hieße man ihn einen Lügner. Travens hat diesen Mut gehabt: er zeigt, daß das Leben abenteuerlicher spielt als die Phantasie eines Carl May oder Jane Grey.

Der moderne Abenteuerroman sucht die Wirklichkeit, sei es in den Salons Europas oder in den Dschungeln Indiens und Mexikos. Er streift nicht nur allein in phantastischen weltlosen Höhen, er bleibt auf der Erde. Und in dem Reigen moderner Abenteuerdichter ist Travens, der Abenteuerer, der radikale Sozialist, der Dichter, der Gesellschaftskritiker einer der größten, denn er bleibt nicht nur bei der Beschreibung, er weiß den Stoff so zu objektivieren, daß ohne Ablicht ein „Daccus“ herausschmettert. Travens schreibt in deutscher Sprache und sicher ist er ein Deutscher, der aus irgendeinem Grunde ausgewandert sein mag, und es ist schade, daß er heute den breiten Massen des deutschen Volkes noch nicht bekannt ist, denn hier spricht ein großer Künstler, ein großer Wahrheitsfanaliker und ein großer Mensch.

Ein Theater für 40 000 Zuschauer. In Atlantic City wird das größte Theater der Welt gebaut, ein Theater mit 40 000 Zuschauerplätzen. Die Bühne kann 1500 Mitwirkende fassen. Die Baukosten sind auf 17 Millionen Mark veranschlagt.

Grosser Lebensmittel-Verkauf

Preise nur Freitag und Sonnabend
Mengenabgabe vorbehalten Verkauf soweit Vorrat

Wurstwaren

Speck 98 Pf. fett Pfund
Speck 1²⁵ Pf. mager Pfund

Rot-u. Leberw. Pfund 60 Pf.
Sülzwurst Pfund 85 Pf.
Landleberwurst Pfund 80 Pf.
Dampfwurst Pfund 88 Pf.
Hausm.-Leberw. Pf. 95 Pf.
Berliner Mettw. Pfund 1⁰⁰
Jagdwurst Pfund 1¹⁰
Gutsleberwurst Pfund 1²⁰
Schinkenpolnische Pf. 1²⁵
Mettwurst nach Brauneshw. 1²⁵
Hildeshelmer Pfund 1⁴⁰
Feine Leberwurst Pfund 1⁴⁵
Schinkenspeck Pfund 1⁹⁰
Mausschinken Pfund 2¹⁰

Cervelat und Salami 1⁴⁸ Pfund

Käse und Sette

Frische Tafelbutter 1⁴⁸ Pfund

Frühstückskäsechen 10 Pf.
Saganer Schlosskäse 15 Pf.
Steinbuscher vollfett 95 Pf.
Edamer u. Holländer 86 Pf.
Dän. Schweizer 80 Pf.
Edamer u. Holländer 66 Pf.
Blockkäse Tilsiter Art, halbfett Pf. 78 Pf.
Tilsiter vollfett Pfund 96 Pf.
Allg. Stangenkäse 52 Pf.
Allg. Stangen vollfett 84 Pf.
Allg. Romadour Stück 15 Pf.
Camembert .. Schahtal 18 Pf.

Kaukasischer Schweizer vollfett Pfund 96 Pf.

Konferven

Ananas 1²⁰ Dose, 8 Scheiben

Junge Erbsen fein 1²⁵
Junge Erbsen mittelfein 78 Pf.
Junge Erbsen 70 Pf.
Gemüseerbsen 50 Pf.
Junge Erbsen mit Karotten, mittelfein 95 Pf.
Junge Erbsen mit geschälten Karotten 78 Pf.
Leipziger Allerlei 88 Pf.
Sellerie in Scheiben 1¹⁰
Apfelmus 75 Pf.
Süsskirschen a. Stein 1⁴⁰
Sauerkirschen m. Stein 1¹⁰
Reineclauden 1²⁵
Preisselbeeren 1²⁵
Stachelbeeren 1⁰⁰
Kürbis 78 Pf.

KONFITÜRE
Pflaumen 92 Pf.
Aprikosen 1¹⁰
Orange 1⁰⁵
Johannisbeer 1¹⁵
Erdbeer 1³⁰
Kirsch 1³⁵
Himbeer 1³⁵
Ananas 1⁴⁰
Zweifruktmarmelade
Erdbeer-Apfel 78 Pf.
Himbeer-Apfel 78 Pf.
Kirsch-Apfel 78 Pf.
Johannisbeer-Apfel 78 Pf.

1926er Graves 160 Pf.
Himbeersaft 150 Pf.
Kirschsaff 135 Pf.
Orangeade 1,50 Pf.

Besonders preiswerte Bowlenweine
1928er Oberhaardter Malkammerer 125 Pf.
1927er Senheimer Lay Mosel 160 Pf.
1927er Liebfraumilch 160 Pf.
1927er Nackenheimer Kirchberg 15 Pf.
1928er Bürkheimer Feuerberg 12 Pf.
1927er Oppenheimer Goldberg 15 Pf.
10 Flaschen Oberhaardter Malkammerer oder Wittinger 16 Pf.
2 Flaschen Carté d'Or Fruchtschamwein 1 Dose Ananas in Scheiben ..

Carté blanche 130 Pf.
Roter süßer Johannisbeerwein 80 Pf.
Stachelbeerwein, Heidelbeerwein, Cider

Frisches Fleisch

Pa. Schweinebauch ohne Beilage Pf. 1⁰⁴
Pa. Schweineschulterblatt Pf. 1¹²
Pa. Schweineschinken Pfund 1²⁰
Pa. Schweine knem o. ohne Beilage, ohne Schuff Schwarze ... Pfund 1³⁶
Pa. Schweinekotelett Pfund von 1⁴⁴ an
Pa. Kasseler Kamm et. Schuff Pf. 1³⁴
Pa. Eisbein m. Spitzbein gepökelt Pfund 60 Pf.
Pa. Rücken fett bratfertig, ohne Schwarte Pfund 78 Pf.
Pa. Hammelvorderfleisch Pf. 98 Pf.
Pa. Hammelkeule ad. Rücken Pf. 1¹⁸
Pa. Schmorfleisch Keule ohne Knochen Pfund 1²⁴
Pa. Suppenfleisch Pfund von 78 Pf. an
Pa. Gulasch gemischt Pfund 90 Pf.
Pa. Schabefleisch Pfund 1²⁴
Pa. Hackepeter gewürzt Pfund 1¹⁸
Kalbskamm ohne Beilage Pfund 78 Pf.
Kalbsrücken ohne Beilage Pfund 88 Pf.
Kalbskeulen bis 9 Pf., ganz o. gefüllt Pf. 98 Pf.
Rinderlungen frisch Pfund 28 Pf.
Rinderherzen frisch Pfund 50 Pf.
Rinderbacken frisch, ohne Knochen Pf. 40 Pf.
Euter frisch Pfund 18 Pf.
Schweineköpfe mit Backe, frisch Pf. 40 Pf.

Pa. Kalbsschnitzel Pfund 2⁰⁰
Pa. Kalbsroulade gerollt Pfund 1⁴⁰
Pa. Roastbeef ohne Knochen Pfund 1⁶⁰
Pa. Rinderleber Pfund 1²⁰

Gefrierfleisch

Pa. Schmorfleisch ohne Knochen Pfund 1¹⁸
Pa. Suppenfleisch .. Pfund von 68 Pf. an
Pa. Gulasch Pfund 86 Pf.
Pa. Hammelvorderfleisch von 90 Pf. an
Pa. Hammelkeule ad. Rücken Pf. 1⁰⁴

Sie Reise und Sport

Hammelfleisch mit Reis Dose
Linsengemüse
Risotto mit Leber in Tomatenreis
Königsberger Klops
Reis mit Kalbskopffragant
Frikandellen mit Erbsen
Erbsen mit geräuchertem Schweinefleisch
Bohnen mit geräuchert. Schweinefleisch
85 Pfennig

Geflügel u. Wild

Suppenhähne frisch ... Pfund von 1⁰⁵ an
Suppenhühner frisch .. Pfund von 1¹⁵ an
Wolgahühner gefroren .. Pfund von 1¹⁵ an
Tauben Stück 70 Pf.
Schneehühner Stück 1⁹⁸
Rehblätter Pfund 1⁴⁵

Während der Sommermonate sind Fleisch, Obst, Gemüse und andere leicht verderbliche Waren vom Versand ausgeschlossen

Obst und Gemüse

Zitronen 38 Pf. Dutzend
Spargel 42 Pf. stark Pfund
Rhabarber 5 Pfund 10 Pf.
Salat 3 Kopf 10 Pf.
Kohlrabi Mandel 15 Pf.
Grüne Bohnen 3 Pfund 20 Pf.
Wirsingkohl frisch, Pf. 18 Pf.
Grüne Gurken St. von 10 Pf. an
Schoten 2 Pfund 35 Pf.
Junge Möhren Bund 15 Pf.
Stachelbeeren Pfund 24 Pf.
Schmorgurken Pfund 18 Pf.
Tomaten Pfund 32 Pf.
Kirschen Pfund 32 Pf.
Aprikosen Pfund 48 Pf.
Pfirsiche Pfund 48 Pf.
Bananen Pfund 48 Pf.
Erdbeeren Pfund 45 Pf.

Neue Kartoffeln 5 Pfund 45 Pf.
Neue Matjesheringe Stück 10, 15 Pf.

Fische und Räucherwaren

Ghlei 95 Pf. an lebend Pfund von
Seefische
Seelachs ohne K. i. g. Pf. 15 Pf.
Kabeljau ohne Kopf, im ganzen ... Pf. 23 Pf.
Schellfisch Pf. 20 Pf.
Goldbars Pf. 22 Pf.
Rotzungen Pf. 26 Pf.
Kabeljau-Filet Pf. 30 Pf.
Makrelen Pf. 12 Pf.
Räucherwaren
Flundern Pf. 30 Pf.
Stücken-Flundern Pf. 35 Pf.
Seelachs Pf. 38 Pf.
Schellfisch Pf. 40 Pf.
Engl. Fettbücklinge Pf. 44 Pf.
Seeaal Pf. 78 Pf.
Stücken-Lachs Pf. 1⁴⁵

Portugies. Delsardinen 4 Portionen 95 Pf. 1/2 Dose, 85 Pf. Dose

Kolonialwaren

Kaffee 2²⁰ 2⁴⁰ 2⁶⁰ frisch gebrannt, Pfund
Bruchreis Pfund 18 Pf.
Italienischer Reis Pf. 26 Pf.
Patna-Reis Pfund 28 Pf.
Bluerose-Reis .. Pfund 34 Pf.
Hartweizengriess Pf. 22 Pf.
Weizengriess ... Pfund 21 Pf.
Kartoffelmehl Pfund 23 Pf.
Eierfadennudeln Pf. 38 Pf.
Eierschleifchen Pfund 58 Pf.
Hartgriess-Makkaroni Pfund 38 Pf.
Kakaopulver ... Pfund 65 Pf.
Kakaopulver ... 10 Pfund 5⁹⁵

KONFITÜREN

Elsbonbons od. Messing-Drops, gewickelt ... Pfund 60 Pf.
Eritzungswaffeln Pfund 85 Pf.
Fruchtkissen gefüllt, säuerlich, gewickelt, 1/2 Pf. 35 Pf.
Kokosmakronen 1/2 Pf. 45 Pf.
Geleeschnitten sehr erfrischend 1/2 Pfund 35 Pf.
Sandgebäck .. 1/2 Pfund 40 Pf.
Dessertbrezeln Pfund 95 Pf.
Vollmilchnussbruch 1/2 Pfund 60 Pf.
Schokolade gute Spielzeugqualität, 100 g schwer, Tfl. 18 Pf.
Vollmilch- oder Vollmilchnuss, in Stanniol, vorzüglich bewährte Qual., 3 Tfl. 100 g 85 Pf.

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Str. • Brunnenstr. • Kottbuser Damm • Wilmersdorfer Str. • Andreasstr.

Aus der Arbeit der Bezirke.

Der neue Volkspark Rehberge.

3. Bezirk - Wedding

In der Bezirksverordnetenversammlung nahm der Vorsteher, Genosse Brulat, aus Anlaß der in dieser Woche erfolgenden Eröffnung des Volksparks Rehberge Gelegenheit, dem Bezirksamt, den Angestellten und den Arbeitern den Dank der Versammlung auszusprechen für die Fertigstellung dieser in ihrer Schönheit und Zweckmäßigkeit einzigartigen Parkanlage Deutschlands. Er erinnerte daran, daß auch in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Not unermüdet an der Förderung dieses Werkes gearbeitet worden ist. Die Bezirksverordnetenversammlung stimmte einem Antrage zu, der verlangt, daß das Bezirksamt die für Dienstfahrten erforderlichen Autos aus dem städtischen Fuhrpark anfordert. Die von bürgerlicher Seite gemachten Einwände, daß die Autos des städtischen Fuhrparks teurer seien als die von Privatunternehmern gestellten, konnten die Mehrheit nicht überzeugen. Außerdem standen mehrere kommunistische Kundreiseanträge auf der Tagesordnung; der erste betraf den Abschluß eines Konkordats. Da der kommunistische Redner mit seiner Begründung die Mitglieder aus dem Saale verschuchte, mußte die Versammlung wegen Beschlusunfähigkeit geschlossen werden.

Die unsozialen Herren von rechts.

6. Bezirk - Kreuzberg.

In der letzten Bezirksversammlung fanden die einmaligen Anforderungen des Bezirks für den nächstjährigen Haushalt auf der Tagesordnung, da die Zentralverwaltung angesichts der Kassenlage für den kommenden Haushaltsplan schon jetzt die Verwaltungsbezirke aufgefordert hat, den notwendigen einmaligen Bedarf für 1930 anzumelden. In dieser Bedarfsanmeldung im Gesamtbetrag von rund 9,7 Mill. Mark hat das Kapitel Straßen- und Brückenbau mit rund 6 Mill. Mark den Löwenanteil, an größeren Beträgen sind noch zu erwähnen die für den Umbau des Urban-Krankenhaus, den Bau eines Ledigenheims am Rottbuscher Ufer, dringende Erneuerungen bzw. Reparaturen im Stadtbad sowie die Stadtbücherei Kreuzberg. Die Vorberatungen in den zuständigen Deputationen sowie im Haushaltsausschuß ergaben Einstimmigkeit aller Parteien mit Einschluß der Kommunisten. Man mußte nach den Erfahrungen der Vorjahre darauf gefaßt sein, daß die Kommunisten im Verein eine Menge Anträge bringen würden, bei deren Ablehnung sie dann den notwendigen Vorwand für ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Gesamtplan hätten. Um so mehr war die Bezirksversammlung erstaunt, als der Kommunist Frölich erklärte, seine Fraktion stelle keine Anträge, da sie ja doch wisse, daß der Kommune angehörend der schlechten Finanzlage entgegen dem Gebrauch vom Ratifizieren abgesehen werde. Der deutschnationale Dinkel konnte sich nicht verkneifen, sowohl den dringenden Kronenhausumbau als auch den Bau des Ledigenheims als überflüssig zu bezeichnen. Für ihn existiere keine Bettennot, und den Ledigen empfehle er, lieber zu leben, wo sie bleiben, wenn die Stadt kein Geld hat, für sie Heime zu bauen. Unserem Redner war es natürlich leicht, die beiden Gegner abzufertigen. Sollte die Haltung der Kreuzberger Kommunisten Schule machen, so wäre also in Zukunft damit zu rechnen, daß die KPD nur erfüllbare Bündnisse stellt, wenn es eine höhere Instanz nicht anders beschließt. Auch der deutschnationale Redner erhielt seine verdiente Abfuhr. Die Bezirksversammlung wurde mit großer Mehrheit in beiden Lesungen angenommen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden dann kleinere Vorlagen betr. Ausbau einer Anlage mit Kinderspielplatz am Planufer unweit der Waterloostraße, Enteignung von Vorgartenland am Ekfabeih- und Luisenufer durch Annahme erledigt.

Staatsanstalten erschweren das Wählen

10. Bezirk - Zehlendorf.

Die Bezirksversammlung hatte jetzt zum erstenmal im neuen Verwaltungsgebäude gelagt. Zunächst wurden die einmaligen Ausgaben für 1930 vorgelegt, die eine Höhe von 30 Millionen Mark aufweisen. Davon sollen 16 700 000 M. auf Straßen- und Brückenbau, 4 Millionen auf höhere Lehranstalten, 9 Millionen auf Volksschulen entfallen, während für Jugendwohlfahrtszwecke nur 150 000 M. angefordert werden. Bezirksverordnetenvorsteher Dr. Weidinger wies darauf hin, daß Abstriche von diesen Summen unvermeidlich sein werden. — Stadtverordneter Genosse Draemert beantragte, eine Verbreiterung der Uferwege am Schlahtenlee vorzunehmen und dafür 100 000 M. einzustellen.

Stadtverordneter Genosse Matern erkannte die Notwendigkeit dieses Antrages an, der dann schließlich angenommen wurde. Wertwürdigerweise stimmten die Deutschnationalen dagegen. — Die Frage der Verlängerung der Dahlemer Schnellbahn nach Zehlendorf-Mitte will nicht zur Ruhe kommen. Ein Antrag des Vertretersauschusses wünscht vom Bezirksamt Auskunft, ob über die Verlängerung der Dahlemer Schnellbahn nach Zehlendorf-Mitte Beschlüsse oder Pläne vorliegen. Stadtverordneter Draemert erklärte mit Recht, daß eine solche Anfrage unbegründlich sei. Jedermann wisse doch, daß die U-Bahn nach Zehlendorf-West geführt und bereits gebaut werde, während nach Zehlendorf-Mitte nur eine Straßenbahn in Frage kommt. Im weiteren Verlauf der Diskussion ergab sich, daß der Plan, eine Straßenbahn nach Zehlendorf-Mitte zu führen, bei den Bürgerlichen wenig Freunde hat, weil dann die allerdings wunderbare, mit herrlichen alten Bäumen bestandene Dorfchaie ruiniert werden würde. — Eine deutschnationale Anfrage weist auf die in der Tat unmögliche Friedhofskapelle hin. Stadtverordneter Genosse Matern erwiderte, daß die Angelegenheit der Kapelle bekannt sei und daß man hoffe, daß bald ein Neubau der Kapelle erfolgen werde. — Die Bezirksverordneten Genossen Schnorre und Floerke hatten einen Antrag gestellt, das Bezirksamt zu ersuchen, die gefährliche Stelle an der Bahnunterführung am Bahnhof Zehlendorf-Mitte zu beseitigen. Der Antrag wird angenommen. Weiter hatten sich die Genossen Schnorre und Floerke in einem Antrag an das Bezirksamt gemeldet mit dem Ersuchen, der Einsetzung einer gemischten Deputation zuzustimmen, die die Einteilung der Wahlbezirke für die Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen und die Auswahl der Wahllokale vornimmt. Genosse Floerke wies auf die Unzulänglichkeit der Wahllokale im 10. Bezirk hin, die sich bei der letzten Wahl ergeben habe. In seiner Erwiderung sprach Bürgermeister Dr. Schumacher von Schwierigkeiten, die sich bei Beschaffung einiger Wahllokale ergeben haben, und machte darauf aufmerksam, daß die staatlichen Anstalten in Dahleim sich geweigert haben, ihre Räume als Wahllokale herzugeben.

Bürgerlich-kommunistische Front.

14. Bezirk - Neudöln.

Die letzte Bezirksversammlung vor den Ferien stand schon im Zeichen hochpolitischer Debatten. Die Stadtverordnetenwahlen werfen ihre Schatten voraus. Wie groß muß doch die Angst unserer Gegner sein, wenn sie sich so frühzeitig auf hohe Fiedel setzen. Die Bedarfsanmeldung für einmalige Ausgaben 1930 stand auf der Tagesordnung und gab den Anlaß, unsere Partei „totzuschlagen“. Von der äußersten Linken bis zur Rechten nur ein Angriff. Den Keigen eröffnete der Kommunist, der Berlin bereits unter dem Sowjetstern sieht. Ihm folgte der Vertreter der Völkisch-Antifaschistischen Schwarzweißfront, der besonders den Jung-Plan in Grund und Boden verdammt und den Dames-Plan, dem die Wampa-Partei heftigst zustimmte, lobte. Dr. Bierbach redete sich so in Harmonie, daß ihm gar nicht aufstieß, was für Dummdheiten er machte. So äußerte er auch, daß die Finanzgebarung Berlins und des Reiches nur Humbug sei. Das wird man sich merken müssen. Wenn zwei Klassen, darf auch der dritte im Bunde nicht fehlen. Das war der Demokrat Bornemann, der rüchlichnehmend auf einige Fraktionskollegen von der Wirtschaftspartei, sich eben „demokratisch“ durch die Reihen der Politik schlingelte und ein paar „sanfte“ Haken gegen uns austeilte. Nun, wir wissen jetzt, was wir in diesem Wahlkampf zu erwarten haben und danken unseren Gegnern, daß sie die Karten so rüchlichlos aufdeckten. Genosse Harkisch konnte diesen „Einheitsfrontlern“ gleich den guten Rat geben, uns doch noch ein bißchen leben zu lassen, damit wir wenigstens im Wahlkampf zeigen können, was wir geleistet haben. Der „Wahlsturm“ legte sich wieder, um von neuem aufzulockern, als die Kommunisten das Bezirksamt wegen der Kündigung von zehn Angestellten interpellierten. Trotzdem sich der Sprecher der KPD alle Mühe gab, zu beweisen, daß die gekündigten nur wegen ihrer politischen Einstellung entlassen werden sollen, konnte ihm Genosse Drosdatius nachweisen, daß das leere Gerede ist. Neben drei Kommunisten sind auch drei Sozialdemokraten unter den zur Entlassung kommenden. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, der sich gegen den Verlust des Berliner Magistrats wendet, den zu beurlaubenden Arbeitern, Angestellten und Beamten das Feriengeld erst nach dem Urlaub zu zahlen. Dann beschäftigte sich die Versammlung noch mit dem letzten Unfall in der Rindl-Brauerei. Das Bezirksamt konnte nur erklären, daß nach den Berichten des Arbeiterschuttmannes und der Baupolizei die bauausführende Firma keine Schuld trifft.

Klassen für schwer erziehbare Kinder.

Seit einem Jahre hat die Schuldeputation der Innenbezirke den Versuch durchgeführt, schwer erziehbare Kinder, die nicht länger in den bisherigen Klassen verbleiben konnten, in besonderen Klassen („E-Klassen“, d. h. Erziehungsklassen) in einer von der Massenerziehung erheblich abweichenden Art unter Ausschaltung aller harten Strafmittel erziehlisch und unterrichtlich zu behandeln. Die Kinder, die durch ihr Verhalten und ihre Eigenart befürchten ließen, daß man sie vom öffentlichen Schulbesuch würde ausschließen müssen, sind dabei nicht aus der Gemeinschaft der Volksschule herausgenommen, sondern nur in einer kleinen Parallelklasse ihrer Schule vereinigt und einem besonders geeigneten, psychologisch und heilpädagogisch entsprechend vorzubereiteten Lehrenden übergeben worden. Durch vermehrte Betätigung, wie Wertunterricht, Werkstattarbeit, Hauswirtschafts- und Küchenarbeit, Gartenarbeit, weibliche Handarbeit, Spielen, Turnen, Schwimmen, Wandern und Einschränkung des längere Zeit beanspruchenden rein geistigen Unterrichts, sowie engste Fühlungnahme mit dem Elternhaus wurde versucht, die zutage getretenen ablenkenden Reaktionen der Kinder abzulösen, einzudämmen und zu ersetzen durch eine mehr auf das Wohl der Gemeinschaft gerichtete Ueberlegung und Betätigung. Sobald der Erfolg dieser Sonderbehandlung die Annahme rechtfertigt, ein solches Kind wieder in die Normalklasse einzuordnen, soll die Rückführung, die dann ohne Einbuße vor sich gehen kann, erfolgen. Diese Einrichtung hat sich bisher so gut bewährt, daß die Schuldeputation zu Beginn des laufenden Schuljahres vier neue E-Klassen eröffnet hat. So daß zurzeit im engeren Berlin sieben solcher Klassen bestehen. Der ersten E-Klasse für Mädchen ist seit Januar ein Hort angeschlossen worden. Diese Ergänzung hat die Einrichtung der E-Klassen erst vervollständigt und sich in so hohem Grade förderlich und heilsam erwiesen, daß die gleiche Erweiterung auch für die übrigen Klassen angestrebt wird. Vorläufig ist Vorfrage getroffen, daß die Kinder jeder E-Klasse von 8 bis 14 Uhr in der Schule unterrichtet und beschäftigt werden. Die Horteinrichtung ermöglicht, daß die Kinder weitere vier Stunden unter sachverständiger Aufsicht und Führung in der Schule verbleiben können und dadurch den Gefahren der Straße entzogen werden.

Freie Scholle Tegel.

Wertvolle Mitarbeit in der Bekämpfung der Wohnungsnot leisten die gemeinnützigen Baugenossenschaften, die seit Jahrzehnten in den verschiedensten Stadtteilen Siedlungen errichten. Eine der ältesten und fleißigsten Genossenschaften ist die „Freie Scholle“, die in Tegel baut. Schon vor dem Kriege hatte diese Gesellschaft 170 Einfamilienhäuser errichtet. In den Jahren 1925-1927 wurden weitere 181 Wohnungen erbaut. Gemeinsam mit der Gehag wurde von der Gesellschaft ein Bauprogramm aufgestellt. In vorbildlichem Typenbau wurden zunächst weitere 140 Wohnungen erbaut, die zu einem recht billigen Mietlich an die Baugenossen vermietet wurden. Zur Zeit sind darüber hinaus weitere 70 Wohnungen im Bau, die zum großen Teil in kürzester Frist bezogen werden. Auch für diese Wohnungen ist ein billiger Mietzins angesetzt. Eine Zwei-Zimmer-Wohnung kostet 56-63 M., eine Zweizimmer-Zimmer-Wohnung 50-60 M. Jede Wohnung hat einen Balkon. Sod, in der Küche einen Kachelofen und einen modernen Herd. Das Bauvorhaben umfaßt noch einen Bauabschnitt von 120 Wohnungen, die im nächsten Jahr abgebaut werden. Die Solidarität der Arbeiterschaft in gemeinsamer Arbeit hat der Baugesellschaft den schönen Erfolg eingebracht, an der notwendigsten Kulturauflage — Wohnraum zu schaffen — so tätig mitwirken zu können.

Jungfernfahrt des Motorschiffes „Kreuz-As“.

Ueber Treptow, Rummelsburg geht es nach Neuherringsdorf. Das neue Schiff ist ein Dieselmotorschiff mit Fassungsraum für 450 Personen und Schlafgelegenheiten für 80 Fahrgäste. Durch Aufstellen von Wänden mit je einem Vorhangzug entstehen Einzelkabinen, in denen die Sitzbänke zu Schlafgelegenheiten umgewandelt werden können. Als technische Neuerung hat das Schiff einen Schornstein, der teleskopartig ineinandergeschoben werden kann. Bei strahlendem Sonnenschein steigt der Stapellauf. Ein Tusch der Bordkapelle, am Bug schaukelt ein Kranz aus hartrosa Reifen, flattert der Wimpel „Kreuz-As“ in grünweißroten Buchstaben. Im Landwehrkanal, eingeeengt zwischen Frachtschiffen, gibt es eine schmerzliche Korambolage. Dann geht es glatt weiter, vorbei an gigantischen Industriebauten mit dampfenden Schloten, an sommerlichen Kaffeegärten, saftigen Wiesen, an Strandbädern und dichtbelebten Bädern. Ruderer, Paddler und Motorbootsfahrer kreuzen unteren Weg, von allen Seiten tönt der Willkommensruß zur ersten Fahrt.



Sie lasen es am Himmel!

☞ marschiert... ☞ findet täglich freudigere Aufnahme...
☞, das von Millionen Frauen ersehnte wundervolle Geschirrabwasch-, Spül- und Reinigungsmittel. Seine Hersteller sind die Persilwerke. Ist es nötig, mehr zu seiner Empfehlung zu sagen?



Henkels Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät
Hergestellt in den weltbekannten Persilwerken.

Nach der Tagung von Magdeburg

Berichte aus den Mitgliederversammlungen.

In den letzten zwei Wochen erstatteten die Delegierten unserer Partei über die Magdeburger Tagung Bericht. Wir teilen mit:

In einer Mitgliederversammlung des Kreises Kreuzberg berichtete Genosse Carl Witte über den Parteitag in Magdeburg. Er wies darauf hin, daß es natürlich unmöglich sei, das Thema im Rahmen eines Referats erschöpfend zu behandeln, zumal ja auch auf dem Parteitag allein 169 Anträge gedruckt vorliegen. Zweifellos habe der Parteitag durch den Massenaufruf zur Eröffnung unter besonders starker Beteiligung der Jugend einen besonderen Charakter erhalten. So waren die Debatten wohl sachlich scharf, gleichzeitig aber befandete der Parteitag eine Geschlossenheit der Organisation, der man nicht besser als mit den Worten des Parteivorstehenden Bels Ausdruck geben könne: „Wir sind nicht Richtungen, sondern Sozialdemokraten.“ Genosse Witte beleuchtete dann schlaglichtartig die großen Probleme, mit denen sich der Parteitag zu beschäftigen hatte und legte besonders eingehend die Stellungnahme der Berliner Delegierten dar. In der lebhaften Aussprache wurde mit Genehmigung festgestellt, daß auch auf dem Parteitag rückhaltlos zum Ausdruck gebracht wurde, daß verschiedene Maßnahmen der parteigenössischen Minister von der Partei nicht zu vertreten seien. Alle Diskussionsredner billigten im großen die Stellungnahme der Berliner Delegierten. Nur ein Genosse verlangte, die Berliner hätten energischer und taktisch geschickter die Meinung der Rinderheit vertreten sollen. Genosse Witte konnte demgegenüber auf die zahlreichen Pressenotizen der verschiedensten politischen Lager hinweisen, die übereinstimmend die geschickte Taktik und Energie der Rinderheit hervorhoben. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Auffassung der Rinderheit bei Problemen, die ihrer Natur nach stets aus neue aufstünden, auf dem nächsten Parteitag durchsetzen werde.

In der auf besuchten Kreismitgliederversammlung Charlottenburg gab Genosse Kawerau Bericht vom Magdeburger Parteitag. Er führte aus, daß die äußere Gestaltung des Parteitages nach Form und Inhalt für alle ein Erlebnis bedeutete. Die Arbeit des Parteitages stand auf hohem Niveau, es war sich jeder Delegierte seiner Verantwortung bewußt; dennoch wurde scharf, aber immer sachlich, diskutiert und kritisiert. Der Parteivorstand war zeitweise allzu vaterlich in Ermahnungen und praktischen Hinweisen, wie die Delegierten zu stimmen hätten. Die Erledigung der Konfessionsfrage durch Ubergang zur Tagesordnung war keine Glanzleistung. Die Richtlinien zur Wehrfrage hätten vertagt werden müssen, um bessere Klärung herbeizuführen. Die Behandlung der Konfessionsfrage durch den Gen. Braun war, daß man den Minister zu sehr herausforderte. Der Bericht der Reichstagsfraktion über die Tätigkeit der Minister wurde diesmal auch scharf kritisiert von sonst unentwegten Koalitionsfreunden. Der Parteitag erwarbt von unseren Freunden an maßgebenden Stellen mehr Beweglichkeit und Eifer für die Interessen des Volkes und engere Fühlung mit der Mitgliedschaft. In der Diskussion wurden die Resultate der Abstimmungen und die Zusammensetzung des Parteitages kritisiert und auf das englische Vorbild hingewiesen, wo nur die Delegierten Stimmrecht haben. Mit Befriedigung wurde festgestellt, daß sachliche Arbeit geleistet wurde trotz aller gegensätzlichen Meinungen. Die Arbeit der Berliner Delegierten der Mitgliedschaft konnte nicht recht gewürdigt werden, weil das eigene Berliner Organ fehlt und deshalb die Meinung der Berliner Genossen nicht vorher genügend verbreitet werden konnte. Begrüßt wurde die Annahme des Berliner Antrages zur Krankenlastenfrage. Mit der Aufforderung zur kräftigen Mitarbeit wurde die Beschlusnahme geschlossen.

In der letzten Kreismitgliederversammlung des 1. Kreises, Mitte, berichtete Genosse Riese über den Magdeburger Parteitag. Die recht lebhafteste Aussprache beschäftigte sich besonders mit dem Abschluß eines Vertrages zwischen Preußen und der katholischen Kirche sowie mit der Erledigung des Falles Bachem auf dem Parteitag. Zum Kirchenvertrag wurde die Meinung vertreten, daß der preussische Staat gar nicht berechtigt sei, diesen Vertrag abzuschließen. Der Papst als Oberhaupt der katholischen Kirche sei gleichzeitig weltlicher Herrscher, der Abschluß von Verträgen mit ihm stünde deshalb einzig und allein dem Reich zu. Landtagsabgeordneter, Genosse Adolf Hoffmann, und Genosse Weinberg, M. d. Preuß. Staatsrates, erklärten, daß sie sich an den Beschluß des Berliner Parteitag gebunden fühlten und gegen ein Konfordat stimmen würden. In einer mit geringer

Wehrheit angenommenen Entscheidung wurde die auf dem Parteitag getroffene Erledigung des Falles Bachem bedauert. In dem 20. Kreis, Reinickendorf, referierte Genosse Künstler, M. d. R., über den diesjährigen Parteitag. Er gab zunächst ein Bild von dem Parteitag als Gesamteindruck. Dann beschäftigte er sich mit der bekannten Einstellung der Sozialdemokratie gegenüber der Frage der Arbeitslosenverteilung, an der nicht gerüttelt werden darf. Nachdem er noch andere Fragen, wie die der Koalitionspolitik usw. gestreift hatte, ging er auf die Wehrfrage ein und setzte sich, wie im Reichstag, warm für die Verleihung der staatsbürgerlichen Rechte an die Mitglieder der Wehrmacht ein. Mit

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Jugendgruppen des Z.d.A.

Am Sonnabend, dem 22. Juni 1929 (am Tage der Eröffnung des Volksparkes „Rehberge“)

Sonnenwendfeier im Volkspark „Rehberge“

Tascheleinmarsch — Chor der Arbeitersänger — Sprechchor — Ansprache — Sonnenwendfeier — Gemeinsamer Gesang

Wir treffen uns zur Veranstaltung 20^{1/2} Uhr auf der Steinbrücke im Volkspark und empfehlen auch die Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung des Bezirksamtes Wedding, die 15^{1/2} Uhr beginnt. — Fahrverbindung: U-Bahn Seestraße.

der Annahme der Richtlinien der Wehrkommission hält er die Wehrdebatte aber noch nicht für abgeschlossen. Genosse Künstler bemängelte manches am Magdeburger Parteitag, bezeichnete ihn aber doch als den Parteitag der Toleranz. In Magdeburg ist der Beweis erbracht worden, daß der Kitt, der bei der Verschmelzung der Parteien gebraucht worden ist, auch schweren Belastungsproben Stand hält. In der Diskussion, die sich auf einem sehr hohen Niveau hielt, gab es neben der Kritik auch wertvolle Anregungen zur kräftigeren Heranziehung der Mitgliedschaft bei wichtigen Entscheidungen. In seinem Schlußwort forderte Genosse Künstler auf, doch endlich einmal mit der Unterzeichnung SPD. und USPD. aufzuräumen. Er bekannte sich als grundsätzlicher Gegner der Koalitionspolitik. Die Kreismitgliederversammlung gab ein glänzendes Beispiel, wie man sachlich diskutieren kann ohne die kameradschaftliche Solidarität außer acht zu lassen.

In einer Kreismitgliederversammlung in Lichtenberg erhaltete der Vorsitzende, Genosse Thurm, den Parteitagbericht, in dem er auf die Tätigkeit des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion ausführlich zu sprechen kam und das Wehrproblem besonders behandelte. Es gab große Meinungsverschiedenheiten, und die erwünschte Klärung sei leider nicht eingetreten. Die Wehrheit war, nach Ansicht des Referenten, nicht immer von Berrunft geleitet. — Erfreulich sei das Wachstum der Partei, wie es in den Berichten der Genossen Bogel und Ludwig zum Ausdruck kam. Berechtigt sei aber auch die Kritik, die an den Vorstandsberichten geübt und die vorzugsweise von Vertretern der Opposition bestritten wurde. Die scharfen Ausfälle Bogels gegen die Vertreter Sachsens waren deplaziert. Nach Unterstreichung der Ausführungen Schreds zum Arbeitersport behandelte Genosse Thurm Referat und Debatte zum Wehrproblem und drückte sein Bedauern darüber aus, daß die beantragte Vertagung dieser Angelegenheit abgelehnt wurde. Hier gaben die nicht gewählten Parteitagdelegierten den Ausschlag. Der Tätigkeitsbericht Breitscheldts, der in der Forderung auf mehr Resoluteität, selbst auf die Gefahr der Unpopularität hin, ausklang, wurde von einer scharfen Kritik der Genossen Stampfer und Landsberg interessiert verurteilt. Alles in allem genommen, trat die Opposition scharfer in Erscheinung, als erwartet werden konnte. Sehr erwünscht wäre es, wenn nicht durch die Geschehnisse die Agitation leidet und in der Folgezeit größere Vorteile für die Arbeiterschaft erzielt würden.

In der Debatte wird die objektive Berichterstattung anerkannt; schwere Bedenken werden wegen der Unsicherheit in der Sozialforschung, wegen des Wehrproblems und in der Konfessionsfrage laut. Die schwere und verantwortungsvolle Arbeit unserer führenden Genossen in der Regierung und den Parlamenten wird aber anerkannt.

Mit geschäftlichen Mitteilungen über freiwillige Bei-

träge und die Anstellung von Bezirksreferenten wird die Beschlusnahme beschlossen.

In der Bezirksmitgliederversammlung des 10. Bezirks Zehlendorf berichtete Genosse Hille-Tempelhof über den Magdeburger Parteitag. Da an demselben Abend ein weiterer Bericht über den Parteitag gehalten werden mußte, war Genosse Hille gezwungen, sich sehr kurz zu fassen und konnte nur das Wichtigste streifen, wie die Wehrfrage und die Frage der Koalition. Als zweiter Redner des Abends sprach Genosse Bud über das Verhältnis des Arbeitersports zur Partei. Er brachte zur Erläuterung sehr wichtige und interessante Zahlenmaterial vor. Der gesundheitliche Zustand des deutschen Volkes läßt außerordentlich zu wünschen übrig und die Widerstandskraft der Bevölkerung gegen die Krankheiten läßt ständig nach. Während vor dem Kriege 3 Proz. der Versicherten durch Krankheit erwerbsunfähig wurden, sind es heute bereits 5 Proz. Zählten wir im Jahre 1924 645 000 durch Berufsunfälle Krantgewordene, so sind es in dem verflorenen Jahre 1928 bereits 2 Millionen geworden, eine ganz unerhörte und jureidbare Zahl. Den ständigen Angriffen auf die Gesundheit des einzelnen, die durch die fortgeschrittene Verschärfung der Arbeitsmethoden, durch ungesundes Wohnen und schlechte Ernährung hervorgerufen werden kann nur eine weitgehende Körper- und Gesundheitspflege, sportliche und turnerische Betätigung entgegenwirken. Während aber der bürgerliche Sport, trotzdem er es immer wieder abzuleugnen versucht, im Grunde genommen dem Militarismus und Nationalismus dient, lehrt der Arbeitersport, daß der Proletarier den Sport um der Gesundheit und der Kraft willen betreiben soll. Dieser große Unterschied darf nicht verkannt, muß immer stärker betont werden. Der Magdeburger Parteitag hat die Bedeutung des Arbeitersports anerkannt, und es ist zu erwarten, daß die Arbeitersportorganisationen nunmehr einen gewaltigen Aufschwung nehmen werden. — Die Aussprache drehte sich in der Hauptsache um den Bericht über den Parteitag. Allgemein wurde von den Rednern anerkannt, daß die Aussprachen in Magdeburg ein hohes geistiges Niveau aufgewiesen haben. Ein Redner betonte, daß er, als er die Berichte über den Parteitag im „Vorwärts“ gelesen habe, geradezu beglückt und stolz gewesen sei, einer Partei anzugehören, deren Auseinandersetzungen von einer so starken Beistigkeit und einem so ausgezeichneten Solidaritäts- und Kameradschaftsgefühl getragen waren. Dieser Geist müsse sich auch in den Kreisen und Abteilungen durchsetzen.

Reichsetat und Pariser Abmachungen.

Die Reichstagsabgeordnete Genossin Bohm-Schuch machte im Rahmen einer Kreisfunktionärsversammlung im Friedrichshain Ausführungen über die Ergebnisse der Pariser Verhandlungen, die man ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen ganz noch einmal vor einer größeren Öffentlichkeit hören möchte. Anknüpfend an den Ausspruch des Finanzministers Genossen Hilferding, daß bei Einhaltung der bisherigen Sparmaßnahmen für nächstes Jahr mit einem ordnungsmäßig balancierten Reichsetat zu rechnen sei, wies sie auf die Bedeutung der Mitarbeit der Sozialisten im Rechnungsprüfungsausschuß hin. Es ist ein Verdienst unserer Regierung, daß sie das Zustandekommen der Konferenz befristete, noch ehe uns die innerpolitische Zustimmung dazu zwang. Eine wirkliche Liquidation aller Kriegsschuldungen auf beiden Seiten kann erst dann eintreten, wenn keinerlei wirtschaftliche Belastungen mehr vorhanden sind. In London war noch keine Endsumme genannt und kein Termin für die Dauer der Verpflichtungen festgelegt. Nach Paris weiß Deutschland, was es zu zahlen hat und in welcher Zeitspanne. Diese größere Gewißheit bedeutet auch größere Verantwortung. Die Reparationsbank ist bestimmt nicht im Interesse der Arbeiterschaft errichtet worden, sie birgt sogar gewisse Gefahren für die Festlegung von Arbeitsbedingungen in sich, trotzdem muß man sie als erste Etappe der praktischen Arbeit zur Weltverbindung der Völker begrüßen. Auf einer solchen Basis ist eine immer fortschreitende Verständigung der Völker untereinander möglich. Daß die deutschen Verpflichtungen bis zum Jahre 1988 reichen, muß auch die letzte Begeisterung für kriegerische Betätigung ausstrahlen. — In der Aussprache erfuhr die Beschilderung der Radfahrer-Bundratsversammlung mit 41 Delegierten eine scharfe Kritik. Ein Funktionär, der am Arbeitsgericht tätig ist, machte Angaben über die Sparmaßnahmen des Reichswehrministeriums, das unter Einiparen Entlassung von Arbeitern versteht. 3 R.

Man ist nur so alt, wie man aussieht.

deshalb benutze man das weltberühmte „Extolping“. Gibt grauen Haaren die Jugendkraft wieder. Führt nach und nach vollständig ungeschädigt seit 30 Jahren Weltweit. Von tausenden Aerzten, Professoren usw. gebraucht und empfohlen. Preis M. 7.— Für schwarze Haare „Extra stark“ M. 12.— Erhältlich in Parfümerien, Friseurgesch. Droger. usw., wo nicht, zu haben Parfümeriefabrik „Extolping“, nur Berlin SO. 9, Muskauer Straße 4.

Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft

Das mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde den Inhabern unserer 3^{1/2} und 4%igen Communal-Obligationen gemachte Abfindungsangebot (bekanntgemacht im Deutschen Reichsanzeiger und in der Berliner Börsen-Zeitung vom 11. 12. und 13. März ds. Js.) gilt jetzt als von allen Gläubigern angenommen, da nach Feststellung der Aufsichtsbehörde noch nicht 0,7% der Gläubiger dem Angebot widersprochen hat.

Dem Abfindungsangebot gemäß entfallen auf die

alten 3^{1/2} und 4%igen Communal-Obligationen

alter Währung

10% des Nennbetrages in neuen

4^{3/4}%igen Liquidations-Kommunal-Schuldverschreibungen

verzinslich vom 1. Januar 1928 ab und einlösbar mit 104%.

Die Liquidations-Schuldverschreibungen sind eingeteilt in Stücke zu 5000, 2000, 1000, 500, 200, 100 und 50 RM. Für Beträge unter 50 RM werden Certifikate in Stücken zu 30 und 10 RM ausgegeben. Die 4^{3/4}%igen Jahreszinsen der Liquidations-Schuldverschreibungen sind jeweils am 2. Januar nachträglich zahlbar. Die Jahreszinsen für 1928 werden bei Aushändigung der Liquidations-Schuldverschreibungen bezahlt. Die Certifikate sind ebenfalls mit 4^{3/4}% verzinslich, die Zinsen werden jedoch nicht jährlich, sondern zuzüglich 6% Zinseszinsen für das Jahr erst bei Einlösung der Certifikate ausgezahlt. Certifikate über zus. 50 RM oder ein Vielfaches davon können in Schuldverschreibungen umgetauscht werden.

Die Schuldverschreibungen und Certifikate werden jährlich mit mindestens 1,6% des Gesamtbetrages zuzüglich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen ausgelost, so daß die Rückzahlung in längstens 30 Jahren vom 1. Januar 1928 ab beendet ist. Die planmäßigen Auslosungen finden jährlich im November statt. Für die Jahre 1928, 1929 und 1930 erfolgt eine gemeinsame Ziehung im November 1929. Bei dieser werden außer dem planmäßigen Tilgungsbetrage von zusammen 744 680 RM weitere 1 675 680 RM zur Auslosung kommen. Die Rückzahlung der ausgelosten Stücke erfolgt mit 104%, an dem auf die Ziehung folgenden 2. Januar, und zwar erstmalig am 2. Januar 1930.

Die Einführung der Liquidations-Kommunal-Schuldverschreibungen an der Berliner Börse wird alsbald beantragt werden.

Wir fordern hiermit die Inhaber der 3^{1/2} und 4%igen Communal-Obligationen auf, ihre Obligationen bei uns einzulösen, um dagegen die neuen Schuldverschreibungen bzw. Certifikate in Empfang zu nehmen. Beizufügen ist ein nach Jahrgang und Nummern arithmetisch geordnetes Verzeichnis auf den dazu bestimmten Einreichungsformularen. Diese werden kostenfrei von uns ausgegeben und auf Verlangen zugesandt.

Die Einreichung der Kommunal-Obligationen hat

bei unserer Kasse in Berlin NW 7, Unter den Linden 48/49,

zu erfolgen, kann auch bei unseren bekannten Zahlstellen und anderen Bankfirmen stattfinden, wo auch die erforderlichen Formulare erhältlich sind. Die Versendung der Liquidations-Schuldverschreibungen an die Einreicher erfolgt bei uns kostenfrei.

Berlin NW 7, 15. Juni 1929.

Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft.

Die Direktion.

Hartmann.

Oesterlinck.

Wreda.

Verkäufe

Lapeten, Galtal, Rosenleuchte 9

Werkstätten, Polle, Blumenstängel, Zeitungen, Zeitungsabgabe, Retiner, Bernauerstraße 13.

Seil-Flan, Gelegenheitskäufe, und andere Warenkameras, Prismenobjektive (spottbillig), aus Versteigerungen stammend. Photo-Käuber, An der Spandauer Brücke 8 (Bahnhof Straße).

Landparzellen 900,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Verkäufe

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Landparzellen 800,— (schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).

Waldparzellen 1200,—, herrlich 3 Hektar, schön gelegen, kleine Anzahlung, H. Paul, Sehnitz am Bahnhof (Kochstraße).